

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 18. Dezember 1930
12. Jahrgang, Nummer 295

mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugs-
preis 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf. monatlich
W. Botenlohn = 2.00 Wk. Einzelnummer 10 Pf. Dutzend
monatlich 2.00 Wk., unter Druckhand 8 Wk.
Preis: Die gebrochene Willmetergasse ober deren
berlin- und Berlin-Verlagsanstalten 8 Pf. Willmet-
ergasse Willmetergasse ober deren Name im Text
als des Interaktions in der Hauptverteilung um
in Stalala am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Expeditionsstellen: Breslau 20, Kreuzberg Straße 50, Te-
lephon 460 89. Vertriebsstellen:
Breslau 544, Kopalitzki Straße 10, Kreuzberg Straße 50,
Telephon 429 02. Sprechtelle der Abteilungen von 19-18 Uhr.
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialverteilung:
Görlitz, Gutzlaff & Telephon 23 24. Geschäftsstelle von 10-18 Uhr.
Vertriebsstand: Hauptverlag Breslau, Postfach 6464, Verlags-
gesellschaft m. B. O., Breslau. — Druck: „Wolff“, Filiale Breslau,
Kreuzberg Straße 50.

Alarm!

Alarm!

Bürgerkriegsrüstungen der Nazis vor dem Landtag

Die Kommunisten entlarven das Doppelspiel von National- und Sozialfaschisten Sozialdemokraten für Aufhebung der Immunität des Genossen Wollweber

in Tagen ist die bürgerliche und auch die SPD-Presse
überhand Schwindelberichten über angebliche Rüstun-
gen der Kommunisten. Wir haben bereits vorige Woche
arbeit, die kurzzeit in der Pfalz — einer Hochburg der
eben wird, an den Pranger gestellt. Aber sowohl die
h die Sozialfaschisten legen das Mandat fort, ihre
stamen Bürgerkriegsvorbereitungen durch Schwindel-
e die SPD zu verbergen.

Die Regierung ist dieser Bande jetzt dadurch zu Hilfe
gekommen in Pommern und der Pfalz sogar zu Massen-
berging.

Im hat der hortige sozialdemokratische Polizeipräsident
ungen vornehmen lassen, und das Leitblatt des Jäch-
kriegskommandanten von Delffen brachte gestern
spaltige Schlagzeile: „Neue Waffenfunde bei
en!“ Über diese Bürgerkriegsgeräte gegen die
at die Befehle diesmal etwas gar zu stark auf
sie doch, um so vornehmlich einen Schlag der
„parlieren“, der diese Hochpfeilerarbeit mit einemmal
nicht setzte. Der Landtag war zusammengesetzt, und
alsfaschisten wählten ganz genau, daß unsere Genossen
ng nehmen würden, das triviale Spiel mit verteilten
nungslos aufzubeden. Und das geschah auch, und
efer Betrug nunmehr ein Ende haben wird. Unsere
W e b e r, S e l b m a n n, K a s p e r und S c h w e n z
zur Entlarbung der Schwindler und zur Alarmierung
sse folgende Große Anfrage im Landtag

fernungsabsichten, Marsch- und Geländebewegungen finden in
größeren Umfange statt.
6. Erfolgt die militärische feldmännliche Ausrüstung der Schu-
polizei in Oberschlesien mit Stahlhelmen, Rucksäcken, Brotbeuteln,
und die militärischen Geländebewegungen, Scharfschützen und Hand-
granatenwerfen im Einverständnis mit dem Innen-
ministerium?
Berlin, den 17. Dezember 1930.

Wir sagten ausdrücklich, daß unsere Aktion nicht bloß zum Ent-
larven bestimmt war,
sondern noch weit mehr zur Alarmierung der gesamten
Arbeiterklasse.

Und Aufgabe unserer Genossen muß es sein, diese Anfrage nicht
nur genau zu beachten und sich dieselbe einzuprägen, sondern dafür
zu sorgen, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Bedeutung
erfahren.

**Was ist die SPD im Landtag, als unser Genosse Kasper die
Anfrage vortrug? Als unsere Genossen diese Anfrage mit dem Rufe
„Nieder mit den faschistischen Mörder!“ begleiteten,
ba veranfaltete die SPD ein großes Lachen. Nicht einzeln,
nein, im Chor lachten die SPD-Vertreter, und
Herr Sebering, der Mitverantwortliche für diese Bürgerkriegs-
vorbereitungen gegen die Arbeiterklasse — er grinste ebenfalls! Wir
wissen, warum sie lachen. Unsere Enthüllungen über die Alarm-
rüstungen des SPD-Vorstandes, die von der SPD-Presse ebenfalls
lächerlich zu machen versucht werden, sie geben die Antwort darauf.
Wir können verstehen, daß es den Herrschaften unangenehm ist, wenn**

auf solche Weise der schamlose Betrug entlarvt wird, den die SPD
betreibt. Auf der einen Seite Massenveranstaltungen gegen Haken-
kreuz, Aufforderung zur Diskussion an die Nazis, und auf der anderen
Seite gemeinsames Hand-in-Hand-Arbeiten mit dieser Nordbande.

Als wir am 11. Dezember bereits in unserer Zeitung diese Ein-
heitsfront von Hitler bis Sebering an Hand des „Kriegs-
lagers von Jäschlowitz“ aufzeigten, da tat die „Volkswacht“
empört, und sie glaubte die Feststellung dieser Einheitsfront damit ab-
tun zu können, daß sie schrieb, wir hätten vergessen, daß die Nazis
in Jäschlowitz „gehindert“ wurden, ihre Kriegsvor-
bereitungen weiter fortzusetzen“. Das ist aber nicht
wahr. Das einzige, was in Breslau geschehen ist, das ist die Pro-
klamierung des Demonstrationsverbots, um die Ausbreitung der Er-
kenntnis über die faschistische Gefahr auch unter den SPD-Arbeitern
zu unterbinden.

Deshalb wiederholen wir: Das, was heute in Deutschland von
Nazis geschieht, geschieht im Einverständnis der SPD. Beide ketten
auf verschiedene Art den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse vor.
Dieser Tatsache muß die Arbeiterklasse lais und nüchtern ins Gesicht
sehen. Die Herrschenden von heute wollen die Vernichtung der
Arbeiterklasse als Rettung aus der unlöslichen Krise. Die Arbeiter-
klasse aber läßt sich nicht vernichten und kann und wird darauf nur
antworten mit der Vernichtung der Herrschenden samt ihrer sozial-
und nationalfaschistischen Sateliten.

Für diesen Vernichtungskampf der Todfeinde der Ar-
beiter alle Werktätigen mobilisieren —
das ist das Gebot der Stunde!

Dieses Gebot der Stunde erfordert von der Breslauer Arbeiterschaft die
Massenmobilisation für die morgen abend im „Schiefwerder“ stattfindende
öffentliche Versammlung. Deshalb Massen heraus zur Schaffung der
wehrhaften Einheitsfront gegen den Faschismus!

Stillelegung der Wenzeslausgrube

Gestern abend wurde im Ausschuss für Handel und Gewerbe die
Stillelegung der Wenzeslausgrube bei Neurode behandelt. Die KPD
war durch die Genossen Sobotta, Wollweber und Woy-
tomski vertreten.

Ein Regierungsvertreter gab die Erklärung ab, daß Verhand-
lungen im Gange seien, um die Stillelegung der Wenzeslausgrube zu
vermeiden. Die Regierung könne die große Kollage im Grenzkreis
Neurode, sie habe ein „warmes Herz“ für die dortige Bevölkerung (Zu-
rufe von den Kommunisten: Davon werden die Proleten
aber nicht satt).

Die Deutsche Volkspartei hatte einen Antrag eingebracht, der die
Subventionierung des Grubentapitals im Neuroder Kreis zum Ziele
hätte. Auch die SPD hatte einen Antrag eingebracht, gegen dessen
Annahme die Staatsregierung „keine Bedenken“ habe. Dieser Antrag
ist nichtstrebend und enthält keine konkreten Forderungen, und somit
würde die Regierung selbst bei seiner Annahme praktisch zu nichts ver-
pflichtet. Der sozialdemokratische Vorsitzende des Ausschusses, Oster-
roth, ließ die Rede aus dem Saal und erklärte, es handele sich doch
bei diesem Antrage, den man nach seiner Ansicht annehmen müsse,
um ein taktisches Vorgehen, man müsse der Bevölkerung
im Neuroder Grenzkreis zeigen, daß man im Ausschuss des Landtages
über die Stillelegung der Wenzeslausgrube geredet habe. (Zurufe
der Kommunisten: Neben sind billig, aber noch lange
keine praktische Hilfe.)

Die Stellungnahme der KPD zu den Maßnahmen gegen die
beabsichtigte Stillelegung setzte der Genosse Sobotta auseinander.
Er beantragte zuerst die Ausschussberatungen um einen, höchstens
zwei Tage zu vertagen, und forderte von der Regierung die Vor-
legung von Material über die Verhältnisse der Wenzeslausgrube,
Rentabilität usw. Die SPD werde mit allen Mitteln
gegen eine Subventionierung des Grubentapitals kämpfen. Die Grubendirektion der Wenzeslausgrube wolle
natürlich auch von der Subventionspolitik der Staatsregierung pro-
fitieren und sich für die Zukunft ein Alibi der Unschuld bei eventuellen
neuen Grubentatastrophen verschaffen.

Entsprechend einem Antrage der kommunistischen Reichstags-
fraktion forderte der Genosse Sobotta die Redereignung
der Grube an den Kommunalverband des Neuro-
der Gebietes. Die SPD sei durchaus bereit,

auch für einen staatlichen Zuschuß zur Verbes-
serung der Betriebsanlage nach einer Ueberstei-
gung an den kommunalverband einzutreten. Durch
die Verbesserung der Betriebsanlagen mit staatlicher Hilfe sei es dann
durchaus möglich, die Rentabilität des Betriebes zu sichern, und aus
den Betriebsüberschüssen könne dann die große Not der werktätigen
Bewohner im Neuroder Kreis gemindert werden. Gleichzeitig
müßten allerdings die Vergaberforderungen in Bezug auf Lohn-
und Arbeitsbedingungen auf dieser Grube erfüllt werden. Dem Punkt 1
des SPD-Antrages, der ein Eingreifen der Staatsregierung ver-
langt, werde die SPD zustimmen. Den Antrag der Volkspartei auf
Subventionierung des Grubentapitals werde die KPD, selbstver-
ständlich ablehnen.

Der sozialdemokratische Vorsitzende Oster-
roth machte noch den Vorschlag, den SPD-An-
trag dahingehend zu ergänzen, daß unter „Ereig-
neten Maßnahmen“ nach Ansicht des Ausschusses
auch finanzielle Hilfe für das Grubentapital
angesehen werden soll. Der Genosse Sobotta sprach ent-
schieden gegen eine solche Auffassung, weil das ja eine Ermunterung
für die Grubendirektoren sei, jetzt bei den Verhandlungen unter Be-
rufung auf einen solchen Beschluß des Landtages für die Gruben-
direktion hohe Zuschüsse zu fordern.

Die SPD wird ihren Kampf gegen die Stillelegungsmaßnahmen
im Neuroder Kreis und neuerdings auch gegen die beabsichtigte
weitere Stillelegung im Wollschlager Bergwerke fortsetzen und zu
diesem Zweck unter anderem in der nächsten Zeit einen Antrag im
Preussischen Landtag einbringen.

Um die Immunität des Gen. Wollweber

Breslau, 17. Dezember. Die Staatsanwaltschaft hat die Auf-
hebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Genossen Woll-
weber-Breslau zwecks Strafverfolgung beantragt. Der Geschäfts-
ordnungsausschuß des Preussischen Landtages lehnte jedoch den An-
trag ab. Zu erwähnen sei, daß die Sozialdemokratie in diesem An-
schuß sich besonders warm für die Aufhebung der Immunität ein-
setzte. Das zeigt wieder einmal ihre politische Hybris, und
nicht nur das, sondern auch ihre Sonderrolle in dem verhängnis-
vollen Unterdrückungsplan der Arbeiterklasse gegen die SPD.

Große Anfrage

von Vorgängen der letzten Zeit zeigt, daß die Natio-
nalgroße Zusammenarbeit mit der preussischen Polizei,
des Reiches und anderer Länder zum Krieg im Osten
re zum Bürgerkrieg gegen die deutsche Arbeiterklasse

das Staatsministerium:
Staatsministerium bekannt, daß von der Berliner Gau-
KPD eine Vermittlungsstelle für die Einstellung
den Thüringischen Polizeidienst unter Leitung eines
enberg geschaffen wurde? Die Bewerber müssen
mei Jahre Mitglied der KPD sein, und ein Jahr Mit-
w. sein. Kutenberg vermittelt auch SA-Leute an
und nach Oberschlesien, wo sie als Flurschützen
braucht und nach militärischen Gesichtspunkten organi-

Staatsministerium bekannt, daß außerdem der frühere
Jahn, der Adjutant des Hauptmanns Stennes,
s „Vergarbeiter“ zu durchsichtigen Zwecken nach Ober-
niederschlesien?
Staatsministerium bekannt, daß der Felddien-
militärischen Ausrüstung der Nazis in Jäschlowitz bei
nachungen zwischen Stennes und dem Ministerial-
sener vom preussischen Innenministerium voraus-
f diese Abmachungen bezieht sich zweifellos die ne-
je Zeitung „Der Angriff“, als sie im Zusammenhang
astung von bewaffneten Sturmabteilungen in Schloß
ater der Heberstraße „Die Hintergründe von Breslau“

an die Sache aber weiter auszubauen und etwa mit
boten gegen die KPD wirken, so könnten wir
utlich werden. Herr Sebering weiß wohl, was
en.“

ering dürfte hiernach über die Abmachungen des
rektors Klausner mit Stennes bezüglich der
Legierungen der Nazis informiert sein.
Staatsministerium bekannt, daß auf Schloß Jäschlowitz
zes Basenlager vorhanden ist, das die Polizei mit
er 1000 Stahlhelme absichtlich nicht gefunden hat,
z eine anderweitige Sicherstellung zu ermöglichen?
Staatsministerium ferner bekannt, daß die Leitung der
en Befehl herausgegeben hat, der eine planmäßige
gte Auflösung der SA zum Bürgerkrieg anordnet?
31. Dezember 1930 sollen sämtliche SA Feld-
big mit grauem Militärmantel und gepacktem
äger ähneln sein. Als Toilettenartikel wird ver-
ache, Schokolade, Wachs, Kamm, Seife, Hand-
wäsche, Zeltbahn. Außerdem gehören geschärfte
dieser Ausrüstung. Kurse im Kartenspielen und Ent-

Staatsministerium bekannt, daß die Leitung der
en Befehl herausgegeben hat, der eine planmäßige
gte Auflösung der SA zum Bürgerkrieg anordnet?
31. Dezember 1930 sollen sämtliche SA Feld-
big mit grauem Militärmantel und gepacktem
äger ähneln sein. Als Toilettenartikel wird ver-
ache, Schokolade, Wachs, Kamm, Seife, Hand-
wäsche, Zeltbahn. Außerdem gehören geschärfte
dieser Ausrüstung. Kurse im Kartenspielen und Ent-

Staatsministerium bekannt, daß die Leitung der
en Befehl herausgegeben hat, der eine planmäßige
gte Auflösung der SA zum Bürgerkrieg anordnet?
31. Dezember 1930 sollen sämtliche SA Feld-
big mit grauem Militärmantel und gepacktem
äger ähneln sein. Als Toilettenartikel wird ver-
ache, Schokolade, Wachs, Kamm, Seife, Hand-
wäsche, Zeltbahn. Außerdem gehören geschärfte
dieser Ausrüstung. Kurse im Kartenspielen und Ent-

Staatsministerium bekannt, daß die Leitung der
en Befehl herausgegeben hat, der eine planmäßige
gte Auflösung der SA zum Bürgerkrieg anordnet?
31. Dezember 1930 sollen sämtliche SA Feld-
big mit grauem Militärmantel und gepacktem
äger ähneln sein. Als Toilettenartikel wird ver-
ache, Schokolade, Wachs, Kamm, Seife, Hand-
wäsche, Zeltbahn. Außerdem gehören geschärfte
dieser Ausrüstung. Kurse im Kartenspielen und Ent-

Staatsministerium bekannt, daß die Leitung der
en Befehl herausgegeben hat, der eine planmäßige
gte Auflösung der SA zum Bürgerkrieg anordnet?
31. Dezember 1930 sollen sämtliche SA Feld-
big mit grauem Militärmantel und gepacktem
äger ähneln sein. Als Toilettenartikel wird ver-
ache, Schokolade, Wachs, Kamm, Seife, Hand-
wäsche, Zeltbahn. Außerdem gehören geschärfte
dieser Ausrüstung. Kurse im Kartenspielen und Ent-

A

Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

Gebrüder Wolffs Gaststätten in allen Stadtteilen!

Zentrum

Union-Weinhaus
Bestger. Willy Neumann
1847
Weiße-Südlchen-Bar
Neue Gasse 2 Tel. 256 C3

Mefallbettstellen / Matratzen
Gaskocher
Beier & Olowinsky o. m. b. H.
Herrenstraße 31 1276

W. Kelling
reingt / färbt / wäscht 1272

Albert Gutsch, Reuschestr. 29/31
bekannt als leistungsfähig in Leder- u. Schuhbedarfsartikeln
Zweigstellen: 1. Gräbschener Str. 19/21 / 2. Mollkesstr. 14
3. Bohrauer Straße 27 / 4. Poststraße 7
Klempnerwerkzeuge sämtlicher Werkstätten!

Menzels Brauerei - Ausschank
Verkauf von 3-Kronen-Jungbier
Kupferschmiedestr. 5/6, Fernr. 58117
1716
Bestempfohlene warme und kalte Küche
Reichhaltige Mittag- und Abend-Karte

NÄHMASCHINEN
für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mk. Anzahlung, 2,50 wöchentl. Ratenzahlg.
Jos. Greulich, Mechanikerstr.
Herrenstraße 24 Tel. 507 65 1680
Reparaturen und Ersatzteile für alle Fabrikate

Georg Greulich, Breslau I, Hummerstr. 52
Abteilung 1. Nähmaschinen Original Dürkopp, Phönix, Mardler, Kayser
Abteilung 2. Fahräder Original Dürkopp, Panther, Pflü, Kayser, Diamant
Abteilung 3. Sprechapparate und Pläne
Reparaturwerkstatt Telefon 531 68
Weißgehendste Zahlungserleichterung!

P. Pohlz Schokoladen, Kakao, Zuckerwa
Filialen in allen Stadtteilen

Mätze und Hut
kaufen Sie gut bei
ROBERT SCHUPPE, Nikolaistr. 34
1702

Zur gold. Marie
HÜBNER'S Brauerei, Breltstr. 39
selbstgebraute Biere, anerkannt
preiswerte und gute Küche
1709

Uhren, Gold- und Silberwaren
ARNHOLD ROSENTHAL
Neue Schmiednitzer Straße 5
Beste Bezugsquelle für
Arbeiter, Angestellte u. Beamte
1941

„Alkazar“
Die Unter:
des Volkes
Direktion Gu
1278

CARL PAUL, Schreibe-
Getraide-Dampfher
Spezialbrot „Frisch“

Für die Augen
Heidrich
Optikermüller • Stadtheu

Brauerei u. Au
„Zum groß. Me
Inf. G. 9
Breslau, Reus
(1 Minute vom Kl
Telephon 50638
Ausschank nur selbstge
Anerkannt gute F
Mittagstisch von:

Städtische- und Feink
EDUARD SCHÖNFELDER, Neu
im Hotel „Kronprinz“
2019

HOTEL „GELBER LÖWE“
Treff • sämtlicher
Fremdenzimmer zu

Denk an die Deinen
durch Abschluß einer Bestattungs- oder Lebensversicherung beim
Volkswohl-Bund
Allg. Bestattungs- und Versicherungsverein a. G. Berlin. Bezirksdirekt. Breslau, Junkernstraße 12
Geschäftsstellen an allen größeren Plätzen der Provinz Schlesien und Ober-Schlesien

Kauft bei
Blasse!
Blasse ist billig!
Breslau, Graupenstr. 6-10
1276

Theodor Buchali
Zweigplatz 2
und Filialen
Vogelfutter / Vogelkäfige
Käfig-Utensilien 1713

H. M. Remak, Kupferschmiedestr. 37
zwischen Schmiedebrücke u. Oderstr.
Lederhandlung, Schuhmacherbedarfsartikel
Lederausschnitte billigst 1840

FRANZ MOTZEK, Nikolaistr. 24
BÄCKEREI u. KONDITOREI
1554

MILCH, MILCHFREIPRODUKTE und
LEBENSMITTEL
Martha Nawroth, Breite Straße 42 1558

Bäckerei
SIEGFRIED FRIEDLÄNDER
Oblauer Straße 39
empfiehlt Qualitätsgebäck aller Art 1275

DIE Zigaretten für ALLE

Haus Bergmann
Zigarettenfabrik AG, Dresden 1209

Zentral-Theater / Ballsäle
Breslau 6 / Westendstraße 50/52
Inhaber: Alfons Hahn / Fernruf 23429

Reserviert

RESERVIERT
1397
MAX KÖNNEL
Fleischerei und Wurstfabrik
Friedrich-Wilhelm-Str. 107

Fleischerei und Wurstfabrik
PAUL GILLER, Alsenstraße 4
1390

Fleischerei und Wurstfabrik
HERM. LOREK, Alsenstraße 68
1391

Kauft Blumen und Kränze
bei Frau **ELISABETH ROESSLER**
Alsenstraße 26 1348

Fleischerei und Wurstfabrik
EDUARD GUNDLACH, Alsenstr. 53
Filialen: Westendstr. 100 u. Katschbacht. 5
1392

Fischwaren - Röhrenwaren
HUOULLMANN
Friedrich-Wilhelm-Straße 99 1393

AL-RED WOLF
Eisenhandlung, Haus- u. Küchengeräte
das größte Spezialgeschäft des Westens
Alsenstraße 50, Ecke Leuthenstraße

Beschlächterei
GUSTAV GRÄBER, Inh. Robert Gräber
Friedrich-Wilhelm-Straße 100 1394

Merkur-Drogérie
FILLY KLINBERT
Leuthenstraße 12/14
1395

Fleischerei und Wurstfabrik
RICH. DREIUCKER
Westendstraße 45
1399

Glückauf-Apotheke
Zehnerstraße 3 a
1549

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Agnis Berndt, Lange Gasse 58
1555

Wollins Festsäle, Frankfurter Str. 109/11
Jeden Sonntag und Dienstag Tans
Saal zu Festlichkeiten 1717

Konrad Stanke, Frankfurter Str. 166
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
1718

KARL MILDE
Kohlenhandlung und Fuhrgeschäft
Posener Str. 70. - Tel.: 585 74
1719

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigaretten, Zigarren, Tabakwaren
FRANZ RZEHULKA
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße 1290

Fisch-Spezialgesch.

K. Schinzel, Frankfurter Str. 127
1898

SCHUHWAREN
nur bei
WILHELM VOGEL
Scheitniger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
2022

Kaufhaus
EMIL SCHMI
Friedrich-Wilhelm-

KAISER-FRIEDRICH-APOTHEK
Anfertigung von Rezepten sämtl
Friedrich-Karl-Straße 25, Eck

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Alfred Wolf, Zeh

RESERVIER

Reservie

BÄCKEREI u. KONDITOREI
G. ZOROWKA
Westendstraße 65

Nord

Gaststätte Blumenthal vorm. Windisch
Matthiasstr. 146
empfiehlt gutgepflegte Biere und Getränke
Anerkannt gute Küche / Aufmerksame Bedienung
1870

Möbelhaus
100 Mus.-Zimmer
u. Einzeilmöbel
Zahlenserielechterung

Gustav FEIERTAG, Elbingstraße 5
Bäckerei u. Konditorei
1706

EDWIG DEPTA, Gabelstraße 8
FISCH-SPEZIAL-GESCHÄFT 1552

Hans FAULHABER, Trebnitzer Str. 46
Kolonialwaren
und Lebensmittelgeschäft 1715

Drogérie „Zum Großen Kurfürsten“
RICHARD ELISON
Matthiasstraße 161/63 1708

ERNST FRENZEL, Matthiasstraße 142
Bäckerei u. Konditorei
1709

Julius RAUCHFUSS, Scheitniger Str. 33
Gaststätte / Fabrikation
und Verkauf von Spirituosen 1928

Kolonialwaren / Spirituosen
HEINRICH TITZ RACHFL
Trebnitzer Straße 32 1543

EDUARD HOFFMANN
Molkerei
Weißenburger Straße 34
1545

Schuhwaren / Reparaturwerkstätten / Maßarbeit
KARL WOLNY
Wollstraße 11 1544

W. ZEMBROD
Waterloostraße 11
Kolonialwaren
Spirituosen 1547

Kolonialwaren / Delikatessen
EMILIE STRAUCH, Matthiasstr. 94
1544

Reserviert!

Kolonialwaren / Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 49 1571

Hermann Lange, Matthiasstraße 183
Lebensmittelgeschäft, Wild u. Geflügel
1918

ANTON MAKOSCH, Matthiasstr. 48
Fisch-Spezialgeschäft 2020

F. KOHN, Kospothstral
Fischwaren-Spezialg

Get und preiswert kauf-
in der Bäckerei
F. BERGER, Kreuzstraße 28

M. SCHOLZ, Oelmannstraße
Kolonialwaren / Konserven
Spirituosen / Weine

GUSTAV PUTZKE
Die billigste Einkaufs-
ff. „Leisch und W“
Kletschkaustraße 15 u. Bei

FRIEZ MÜLLER
MÜHLENNIEDERLAGE
Spez. Mahl, Vogelfutter
Matthiasstraße 85

Fleischerei u. Wurstfabrik
ERNST BUNKE, O.
Telephon: 448 5

Möbelhaus Paul Rogoll, Matthiasstr. 59
kauft man gut und billig! 1701

Gaststätte „Zum Lessing“
Adalbertstraße 10
Treff • sämtl. Werkstätigen
Saal für Vereinsfestlichkeiten
1667

Fisch Aberle
Matthiasstr. 159
1844

Paul Herrmann
Bäckerei u. Konditorei
Trebnitzer Straße Nr. 64
1660

Fleischerei und Wurstfabrik
FAUL BERNDT
Weißenburger Straße 4
1548

Hut-Hönisch
Matthiasstraße Nr. 139
1886

K. Salomons Gaststätte, Rosenstr.
1666 Treffpunkt sämtl. Werkstätigen

Süd

Das echte
Schlüterbrot
Veilkerobrot
BERMANN SCHOLZ, Bäckmeister
Gräbschener Str. 68
1838

Edward Sternitzke, Lewaldstr. 8
Fleischerei u. Wurstfabrik
1712

Karl Fröhlich, Gräbschener Str. 65
Molkereiprodukte
Säuremilch / Kolonialwaren 1711

Konkurrenz billiger Einkauf
im Südbereich und Warenkomplexen
Gabitzstraße 4
Wiederverkäufer Sonderpreis! 1929

SCHUHHAUS FRÖBLICH
Spezialhaus
für Herren-, Damen- und Kinderschuhe
Klosterstraße 85
2113

Frank
Lebensversicherung
BRESLAU, KLOSTERS
ERNST 2982
Erd-, Feuerbestattung
Bestattungsversicher
Niedrige Pr

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 18. Dezember 1930
12. Jahrgang, Nummer 295

erschint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wochenlich 48 Pf., 12 W. 60 Pf., monatlich 2,10 RM., 3 W. 6,30 RM., 6 W. 12,60 RM., 12 W. 25,20 RM., 24 W. 50,40 RM., 48 W. 100,80 RM., 6 W. 30,24 RM., 12 W. 60,48 RM., 24 W. 120,96 RM., 48 W. 241,92 RM. Die bezugsfreie Zeitungsbeilage über den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Faschisten und die Sozialfaschisten ist in jeder Nummer enthalten. Die bezugsfreie Beilage über den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Faschisten und die Sozialfaschisten ist in jeder Nummer enthalten. Die bezugsfreie Beilage über den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Faschisten und die Sozialfaschisten ist in jeder Nummer enthalten.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Kreuzauer Straße 50, Z. 10, 1. Stock, Telefon 460 30. **Verkaufsstellen:** Breslau 104, Rebellensiedlung, Breslau 10, Kreuzauer Straße 50, Telefon 430 22. **Abdruck:** der Redaktion von 12-18 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. **Illustration:** 12-18 Uhr, Sonntag 12-14 Uhr. **Verlag:** 12-18 Uhr. **Verlagsort:** Hauptverlag Breslau, Wella: 12-18 Uhr. **Verlagsgesellschaft:** m. b. H., Breslau. — Druck: „Wella“, Wella Breslau, Kreuzauer Straße 50.

Alarm!

Alarm!

Die Bürgerkriegsrüstungen der Nazis vor dem Landtag

Die Kommunisten entlarven das Doppelspiel von National- und Sozialfaschisten Sozialdemokraten für Aufhebung der Immunität des Genossen Wollweber

Seit einigen Tagen ist die bürgerliche und auch die SPD-Presse angefüllt mit allerhand Schwindelberichten über angebliche Rüstungsvorbereitungen der Kommunisten. Wir haben bereits vorige Woche diese Lockspiegelarbeit, die zurzeit in der Wala — einer Hochburg der Nazis — betrieben wird, an den Pranger gestellt. Aber sowohl die Nazis als auch die Sozialfaschisten setzen das Manöver fort, ihre eigenen gemeinsamen Bürgerkriegsvorbereitungen durch Schwindelnachrichten über die KPD zu verbergen.

Die bayerische Regierung ist dieser Wanda jetzt dadurch zu Hilfe gekommen, daß sie in Pirmasens und der Wala sogar zu Massenversammlungen überging.

Auch in Pöln hat der dortige sozialdemokratische Polizeipräsident Massenversammlungen vornehmen lassen, und das Selbstblatt des Jäschkowiher Bürgerkriegskommandanten von Delfen brachte gestern wieder eine dreispaltige Schlagzeile: „Neue Waffenbrüder der Kommunisten!“ Über diese Bürgerkriegsarmee gegen die Arbeiterklasse hat die Reichswehr diesmal etwas ganz Neues aufzuweisen, geschah sie doch, um so von vornherein einen Schlag der Kommunisten zu „parieren“, der diese Lockspiegelarbeit mit einemmal in das rechte Licht setzte. Der Landtag war zusammgetreten, und Nazi und Sozialfaschisten wußten ganz genau, daß unsere Genossen dort Veranlassung nehmen würden, das feiwole Spiel mit verteilten Rollen dort schonungslos aufzudecken. Und das geschah auch, und zwar so, daß dieser Betrug nunmehr ein Ende haben wird. Unsere Genossen Wollweber, Selbmann, Rasper und Schwenl haben nämlich zur Entlarvung der Schwindel und zur Alarmierung der Arbeiterklasse folgende Große Anfrage im Landtag eingebracht:

Große Anfrage

Eine Reihe von Vorgängen der letzten Zeit zeigt, daß die Nationalsozialisten in enger Zusammenarbeit mit der preussischen Polizei, mit Organen des Reiches und anderer Länder zum Krieg im Osten und insbesondere zum Bürgerkrieg gegen die deutsche Arbeiterklasse führen.

Wir fragen das Staatsministerium: 1. Ist dem Staatsministerium bekannt, daß von der Berliner Gauleitung der NSDAP eine Vermittlungsstelle für die Einstellung von Nazis in den thüringischen Polizeidienst unter Leitung eines Herrn Rutenberg geschaffen wurde? Die Bewerber müssen mindestens zwei Jahre Mitglied der NSDAP und ein Jahr Mitglied der SA sein. Rutenberg vermittelt auch SA-Leute an die Ostgrenze und nach Oberschlesien, wo sie als Flurschützen usw. untergebracht und nach militärischen Gesichtspunkten organisiert werden.

Ist dem Staatsministerium bekannt, daß außerdem der frühere Oberleutnant Jahn, der Adjutant des Hauptmanns Stennes, SA-Leute als „Bergarbeiter“ zu durchsichtigen Zwecken nach Oberschlesien vermittelt?

Ist dem Staatsministerium bekannt, daß der Felddienst-Abteilung und militärischen Ausrüstung der Nazis in Jäschkowitz bei Breslau Abmachungen zwischen Stennes und dem Ministerialdirektor Klausner vom preussischen Innenministerium vorausgingen? Auf diese Abmachungen bezieht sich zweifellos die in der kommunistischen Zeitung „Der Angriff“, als sie im Zusammenhang mit der Verfassung von bewaffneten Sturmabteilungen in Schloß Jäschkowitz unter der Überschrift „Die Hintergründe von Breslau“ schrieb:

„Sollte man die Sache aber weiter aufbauen und etwa mit Parteiverboten gegen die NSDAP winken, so könnten wir sehr deutlich werden. Herr Severing weiß wohl, was wir meinen.“

Minister Severing dürfte hiernach über die Abmachungen des Ministerialdirektors Klausner mit Stennes bezüglich der Bürgerkriegsrüstungen der Nazis informiert sein.

Ist dem Staatsministerium bekannt, daß auf Schloß Jäschkowitz noch ein großes Waffenlager vorhanden ist, das die Polizei mit Ausnahme der 1000 Stahlhelme absichtlich nicht gefunden hat, um inzwischen eine anderweitige Sicherstellung zu ermöglichen?

Ist dem Staatsministerium fernr bekannt, daß die Leitung der NSDAP einen Befehl herausgegeben hat, der eine planmäßige und beschleunigte Rüstung der SA zum Bürgerkrieg anordnet? Bis spätestens 31. Dezember 1930 sollen sämtliche SA-Feib-marschmäÙig mit grauem Militärmantel und gepacktem Tornister ausgerüstet sein. Als Tornisterinhalt wird verlangt: Feldflasche, Eßgeschirr, Waschzeug, Kamm, Seife, Handtuch, Reservewäsche, Zeltdach. Außerdem gehören geschärfte Spaten zu dieser Ausrüstung. Kurze im Kartensack und Ent-

fernungsschäßen, Marsch- und Geländebüchsen finden in größerem Umfange statt.

6. Erfolgt die militärische Feldmarschmäßige Ausrüstung der Schutzpolizei in Oberschlesien mit Stahlhelmen, Rucksäcken, Brotbenteln, und die militärischen Geländebüchsen, Scharfschießen und Handgranatenwerfen im Einverständnis mit dem Innenministerium?

Berlin, den 17. Dezember 1930.

Wir folgten ausdrücklich, daß unsere Aktion nicht bloß zum Entlarven bestimmt war, sondern noch weit mehr zur Alarmierung der gesamten Arbeiterklasse.

Und Aufgabe unserer Genossen muß es sein, diese Anfrage nicht nur genau so beachten und sich dieselbe einzuprägen, sondern dafür zu sorgen, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Bedeutung erfahren.

Was ist die KPD im Landtag, als unser Genosse Rasper die Anfrage vortrug? Als unsere Genossen diese Anfrage mit dem Rufe „Nieder mit den faschistischen Mörder!“ begleiteten, da veranstaltete die SPD ein großes Lachen. Nicht einzeln, nein, im Chor lachten die SPD-Vertreter, und Herr Severing, der Mitverantwortliche für diese Bürgerkriegsvorbereitungen gegen die Arbeiterschaft — er grinste ebenfalls! Wir wußten, warum sie lachen. Unsere Enthüllungen über die Alarmierungen des SPD-Vorstandes, die von der SPD-Presse ebenfalls lächerlich zu machen versucht werden, sie geben die Antwort darauf: Wir können verstehen, daß es den Herrschenden unangenehm ist, wenn

auf solche Weise der schamlose Betrug entlarvt wird, den die SPD betreibt. Auf der einen Seite Massenversammlungen gegen Galenkrenz, Aufforderung zur Diskussion an die Nazis, und auf der anderen Seite gemeinsames Hand-in-Hand-Arbeiten mit dieser Nordhande.

Als wir am 11. Dezember bereits in unserer Zeitung diese Einheitsfront von Hitler bis Severing an Hand des „Kriegslagers von Jäschkowitz“ aufzeigten, da tat die „Volksmacht“ empört, und sie glaubte die Feststellung dieser Einheitsfront damit abw zu können, daß sie schrieb, wir hätten vergessen, daß die Nazis in Jäschkowitz „gehindert“ wurden, ihre Kriegsvorbereitungen weiter fortzusetzen“. Das ist aber nicht wahr. Das einzige, was in Breslau geschah ist, daß die Proklamierung des Demonstrationsverbots, um die Ausbreitung der Erkenntnis über die faschistische Gefahr auch unter den SPD-Arbeitern zu unterbinden.

Deshalb wiederholen wir: Das, was heute in Deutschland von Nazis geschieht, geschieht im Einverständnis der SPD. Beide bereiten auf verschiedene Art den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse vor. Dieser Tatsache muß die Arbeiterklasse kalt und nüchtern ins Gesicht sehen. Die Herrschenden von heute wollen die Vernichtung der Arbeiterschaft als Rettung aus der unlöslichen Krise. Die Arbeiterklasse aber läßt sich nicht vernichten und kann und wird darauf nur antworten mit der Vernichtung der Herrschenden samt ihrer sozial und nationalfaschistischen Lakaien.

Für diesen Vernichtungskampf der Todeslabe der Arbeiter alle Vertikalen mobilisieren — das ist das Gebot der Stunde!

Dieses Gebot der Stunde erfordert von der Breslauer Arbeiterschaft die Massenmobilisation für die morgen abend im „Schießwerber“ stattfindende öffentliche Versammlung. Deshalb Massen heraus zur Schaffung der wehrhaften Einheitsfront gegen den Faschismus!

Stillelegung der Wenzeslausgrube

Gestern abend wurde im Ausschuss für Handel und Gewerbe die Stillelegung der Wenzeslausgrube bei Neurode behandelt. Die KPD war durch die Genossen Sobotta, Wollweber und Wollschütz vertreten.

Ein Regierungsvorsteher gab die Erklärung ab, daß Verhandlungen im Gange seien, um die Stillelegung der Wenzeslausgrube zu vermeiden. Die Regierung kenne die große Notlage im Grenzkreis Neurode, sie habe ein „warmes Herz“ für die dortige Bevölkerung (Zurufe von den Kommunisten: Davon werden die Proleten aber nicht satt!).

Die Deutsche Volkspartei hatte einen Antrag eingebracht, der die Subventionierung des Grubenkapitals im Neuroder Kreis zum Ziele hatte. Auch die SPD hatte einen Antrag eingebracht, gegen dessen Annahme die Staatsregierung „keine Bedenken“ habe. Dieser Antrag ist nichtig und enthält keine konkreten Forderungen, und somit wäre die Regierung selbst bei seiner Annahme praktisch zu nichts verpflichtet. Der sozialdemokratische Vorsitzende des Ausschusses, Operroth, ließ die Frage aus dem Saal und erklärte, es handele sich doch bei diesem Antrage, den man nach seiner Ansicht annehmen müsse, um ein tatsächliches Vorgehen, man müsse der Bevölkerung um ein tatsächliches Vorgehen, man müsse der Bevölkerung über die Stillelegung der Wenzeslausgrube geredet habe. (Zurufe der Kommunisten: Neben sind billig, aber noch lange keine praktische Hilfe.)

Die Stellungnahme der KPD zu den Maßnahmen gegen die beschlossene Stillelegung setzte der Genosse Sobotta auseinander. Er beantragte zuerst, die Ausschussberatungen um einen, höchstens zwei Tage zu vertagen, und forderte von der Regierung die Freilegung von Material über die Verhältnisse der Wenzeslausgrube, Rentabilität usw. Die KPD wurde mit allen Mitteln gegen eine Subventionierung des Grubenkapitals kämpfen. Die KPD wurde mit allen Mitteln gegen eine Subventionierung des Grubenkapitals kämpfen. Die KPD wurde mit allen Mitteln gegen eine Subventionierung des Grubenkapitals kämpfen.

Entsprechend einem Antrage der kommunistischen Reichstagsfraktion forderte der Genosse Sobotta die Ueberlegung der Grube an den Kommunalverband des Neuroder Gebietes. Die KPD sei durchaus bereit,

auch für einen staatlichen Zuschuß zur Verbesserung der Betriebsanlage nach einer Ueberlegung an den Kommunalverband einzutreten. Durch die Verbesserung der Betriebsanlagen mit staatlicher Hilfe sei es dann durchaus möglich, die Rentabilität des Betriebes zu sichern, und aus den Betriebsüberschüssen könne dann die große Not der werktätigen Bevölkerung im Neuroder Kreis gemildert werden. Gleichzeitig müßten allerdings die Bergarbeiterforderungen in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen auf dieser Grube erfüllt werden. Dem Punkt 1 des SPD-Antrages, der ein Eingreifen der Staatsregierung verlangt, werde die KPD zustimmen. Dem Antrag der Volkspartei auf Subventionierung des Grubenkapitals werde die KPD selbstverständlich ablehnen.

Der sozialdemokratische Vorsitzende Operroth machte noch den Vorschlag, den SPD-Antrag dahingehend zu ergänzen, daß unter „gezielten Maßnahmen“ nach Ansicht des Ausschusses auch finanzielle Hilfe für das Grubenkapital angesehen werden soll. Der Genosse Sobotta sprach entschieden gegen eine solche Auffassung, weil das ja eine Ermunterung für die Grubendirektoren sei, jetzt bei den Verhandlungen unter Berufung auf einen solchen Beschluß des Landtages für die Grubendirektion hohe Zuschüsse zu fordern.

Die KPD wird ihren Kampf gegen die Stillelegungsmaßnahmen im Neuroder Kreis und anderwärts auch gegen die beschlossenen weiteren Stillelegungen im Waldenburger Berggebiet fortsetzen und zu diesem Zweck unter anderem in der nächsten Zeit einen Antrag im Preussischen Landtag einbringen.

Um die Immunität des Gen. Wollweber

Berlin, 17. Dezember. Die Staatsverwaltung hat die Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Genossen Wollweber-Breslau zwecks Strafverfolgung beantragt. Der Geschäftsausschuss des Preussischen Landtages lehnte jedoch den Antrag ab. Zu erwähnen sei, daß die Sozialdemokraten in diesem Ausschuss sich besonders warm für die Aufhebung der Immunität einsetzten. Das zeigt wieder einmal ihre politische Grundhaltung und nicht nur das, sondern auch ihre Sentimentalität in dem Verstandesfeldzug der Klassenjustiz gegen die KPD.

Die Feinde des Volkes

NSDAP. und Sozialdemokraten die Flügelparteien der faschistischen Diktatur. Hier der Beweis

„Wer da viel hat, der wird auch noch viel mehr dazu bekommen. Dem, der wenig hat, dem wird auch noch das Wenige genommen. Wenn du aber gar nichts hast, ach, dann laß dich begraben, denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.“
Heinrich Heine.

Das Parlament der faschistischen Diktatur hat sich am Sonnabend selbst bis zum 3. Februar nach Hause geschickt. Es hat die Aufgabe, die die faschistische Diktatur ihr stellt, erfüllt. Seine letzten Taten waren die Legalisierung von Maßnahmen zur Vergrößerung des Massenhungers, Raubzüge gegen die Millionen der Verelendeten und Milliardenbeschlüsse an die Volkssausplünderer.

Die acht Tage Reichstagsberatung vom 3. bis zum 12. Dezember, diese letzten kreischenden Umdrehungen einer zerbrochenen Maschine, haben dem Volk der Werttätigen in Stadt und Land gezeigt, was die faschistische Diktatur ist: Hunger und Unterdrückung für die Arbeitenden und Verelendeten, maßlose Bereicherung der besitzenden Ausbeuter. Sie haben zugleich bewiesen, wer die Parteien der Hungerkatastrophe, der faschistischen Diktatur sind: Alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten.

Nazis: Alles für die Millionäre, die Armen sollen zahlen

Am 9. Dezember standen im Reichstag die kommunistischen Anträge zur Abstimmung, in denen die kommunistische Partei dem Willen der Massen, „Die Reichen sollen zahlen!“, Ausdruck gab. Die SPD. verlangte eine Sondersteuer von 20 Prozent für Millionäre, eine Steuer von 20 Prozent auf sämtliche Dividenden, eine Sondersteuer von 20 Prozent für sämtliche Aufsichtsratsanteile, eine Sondersteuer von 20 Prozent auf alle großen Einkommen über 50.000 Mark. Gegen alle diese Anträge stimmten die Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten stimmten zehn Tage vorher im Ausschuss ebenfalls gegen diese Anträge. Am 3. Oktober nannte das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, diese Forderung „eine Verhöhnung des Volkes“.

Sozial: Erwerbslose brauchen keine Winterbeihilfe

Am 12. Dezember standen im Reichstag die kommunistischen Anträge auf Gewährung einer Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, Altersinvaliden und Kriegssopfer zur Abstimmung. Die Kommunisten verlangten, daß jedem Hauptunterstützungsempfänger 40 Mark, jedem Unterhaltungsberechtigten 12 Mark und den Erwerbslosen von Rentenrente ebenfalls 12 Mark aus Mitteln des Reiches als Winterbeihilfe ausbezahlt werden sollen. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 284 Stimmen der Sozialdemokraten und der Brüning-Parteien gegen 183 Stimmen abgelehnt. Die Stimmen der Sozialdemokraten gaben den Ausschlag für die Ablehnung dieser Anträge. Diesmal sahen die Nationalsozialisten, daß die SPD. es für sie übernimmt, die Anträge der SPD. zu Fall zu bringen, und so stimmten sie mit der gleichen Verlogenheit, wie die Sozialdemokraten bei den Millionärsteueranträgen der SPD., für den kommunistischen Antrag auf Winterbeihilfe. In Thüringen dagegen, wo sie an der Macht sind, haben die Nationalsozialisten die Winterbeihilfe abgelehnt.

SPD. und Zentrum rauben den Hungernden das billige Fleisch

Durch die Initiative der kommunistischen Reichstagsfraktion war im Reichstagsausschuß der kommunistische Antrag auf Verbilligung von Fleisch für die hungernden Massen angenommen worden. In der letzten Sitzung des Reichstages am 12. Dezember verlangte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Zörgler, daß dieser Antrag sowie ein Antrag auf zollfreie Einfuhr von billigem Gefrierfleisch auf die Tagesordnung gestellt und beraten wird. Sozialdemokrat Paul Löbe verhinderte die Beratung und Annahme dieses Antrages. Auf seine Aufforderung hin erhob das „Christliche“ Zentrum gegen die Beratung Widerspruch. Die Anträge wurden mit dem Reichstag zusammen verlegt und begraben.

Wer Milliarden Steuern unterschlägt, darf Geraubtes behalten

Unter den Gesetzen, die durch die Notverordnung verkündet und vom Reichstag durch die Zustimmung der SPD. sanktioniert worden sind, befindet sich auch eine Ermächtigung an die Brüning-Regierung zum Erlass einer Steueramnestie. Den Volkverrätern, die Milliarden über die Grenze geschoben, die das Volk um Hunderte Millionen Steuern betrogen haben, wird durch diese Steueramnestie nicht nur völlige Straffreiheit zugesichert, sondern es werden ihnen zugleich die hinterzogenen Steuerbeiträge geschenkt. Jeder Erwerbslose, der, weil er von den Bettelpennigen der Wohlfahrt nicht leben kann, sich einige Groschen Nebenverdienst verschafft, wird rückwärts wegen Betrugs bestraft und eingesperrt. Die vollgefressenen Schieber aber, die dem hungernden Deutschland die Steuern entziehen, die ihr aus dem Schwelge der Arbeitenden gepreßtes Kapital ins Ausland verschleppen, erhalten Straffreiheit und erhalten das gestohlene Geld geschenkt. Das ist wahrhaft „Christliche“ Moral des frommen Zentrumsmanes Brüning.

Entsätet die Massenstreikfront gegen Faschismus und Lohnraub

Die faschistische Diktatur bedeutet den Ruin für den Mittelstand, den Lohn- und Gehaltsraub für die Arbeiter, Angestellten und Beamten; weitere Massenentlassungen und Massen hunger! Die Nazis erklärten zum letzten Metallarbeiterkampf in Nordwest, der gegen den Lohnraub gerichtet war, jeder „Streikende ist ein Verbrecher“. Die SPD. und Putschmänner schweigen zum geplanten Raub von einhalb Monatslöhnen im Ruhrbergbau und bereiten schon offen den Streikbruch vor. Die Führer der christlichen Gewerksvereine haben sich mit Haut und Haar der faschistischen Brüning-Regierung und ihrem Lohnraubprogramm verschrieben. Nur die SPD. führt den zähen Kampf aller werktätigen Schichten für Lohn-erhöhung und Stobestundentag, für Arbeit und Brot, für die vier Millionen Erwerbslosen. Nur die SPD. rührt die Streikfront im Ruhrbergbau! Unter der politischen Führung des Proletariats, der SPD., wird zum Massenstreik gerüstet: Gegen den verbrecherischen Young-Plan, durch den Milliarden-Erbute aus den Knochen der deutschen Werttätigen gepreßt werden. Gegen die Lohnrauboffensive und gegen die faschistische Diktatur.

Eure Antwort: Hinein in die KPD.!

Aus dem Gumpf der braunen Mordwest

Gekaufte Subjekte des Ruhrkapitals — Reitschen-Goebbels schlägt den Rekord in Feigheit

Die kapitalistische Gesellschaft ist am Verkauf. Alle äußere Nachtentfaltung der Herrschenden von heute kann diese Tatsache, die der Nazismus als Prognose für die Epoche des verendenden Kapitalismus aufgestellt hat, nicht aus der Welt schaffen. Wenn darüber noch ein Zweifel möglich war, dann muß er durch die immer enger werdende Verbindung der Herrschenden mit einer Partei, die auf dem Gebiet der Verklumpung einfach beispiellose Rekorde aufstellt. So offen zu gekauften Subjekten der Geldmacht hat sich noch nie eine Partei hergegeben wie dieses braune Mordgesindel. Und wenn die Herrschenden sich ihrer bedienen, dann liefern sie damit den besten Beweis, wie es in Wirklichkeit um ihre zur Schau getragene Stärke bestellt ist. Im nachstehenden wollen wir durch einige sehr bezeichnende Beispiele den Summ ein klein wenig aufzeigen. So berichtet unser Bruderblatt die „Freiheit“ aus Düsseldorf:

Düsseldorf, 10. Dezember. Wir sind in der Lage, einen neuen Nachweis für die Verklumpung und Korruption, die in der NSDAP. herrschen, vor der Öffentlichkeit zu erbringen. Bekanntlich bekämpfen die Naziführer, daß sie mit dem Geld der Unternehmer

gekaufte Subjekte

sind. Nachstehend wollen wir den Korruptionslumpen und die dunklen Korruptionsgeschäfte der Nazis etwas beleuchten.

Wir erhielten die Meldung, daß die Nazis in Essen die alte Druckerei der Schwerindustrie „Bergwerks-Zeitung“ aufgekauft haben, um sie für die Herausgabe einer eigenen Zeitung zu benutzen.

Wer steht hinter diesem Geschäft? Der bisherige Besitzer dieser Druckerei ist die Zeitungsverlagsfirma Droste & Co., der Inhaber des Industrieverlages, Düsseldorf, in dem unter anderem jetzt die „Bergwerks-Zeitung“, der „Düsseldorfer Stadt-Anzeiger“ und die zu den gemeinsten Presseprellereien zählende Zeitung „Der Mittag“ erscheinen. Im Industrieverlag werden außerdem die sogenannten „Berlitzzeitungen“ gedruckt. Das sind ausgeprägte Unternehmerrgane, die kostenlos an die Betriebsarbeiter verteilt werden und die Aufgabe haben, die Arbeiter im Sinne werks-gemeinschaftlicher Streikbruchideologie zu erziehen.

Ausgerechnet aus diesen Schwerindustriellen Kreisen wird den Nazis jetzt eine Druckerei zur Verfügung gestellt. Damit ist einwandfrei die von uns immer behauptete Verbindung der Nazis mit

den gelben Presseprellern und gleichzeitig auch die Unterstützung der Polenkreuzbanditen durch die rheinisch-westfälische Schwerindustrie bewiesen.

Glendes Feiglings-Pact

Heute findet in Berlin im Sportpalast, dem größten Saal Berlins, eine Versammlung statt, die einberufen ist, um der Hitler-Garde ihre Maske vom Gesicht zu reißen. Dazu hat sich ein Kenner dieses Lumpenpacks bereiterklärt, der es aus nächster Nähe kennt, der ehemalige nationalsozialistische Abgeordnete Kapitänleutnant v. Müde. Dieser, der nicht wie der berühmte Regierminister Fried in Pirmanens den Krieg mitgemacht, oder wie Reitschen-Goebbels auf der Schulbank, sondern als Führer der „Gm den“ immerhin in einer gewissen Hinsicht eine andere Vergangenheit aufweist als Fried, Goebbels und hundert ähnliche Nazi-„Helden“, ländet seine Abrechnung folgendermaßen an:

Über 1000 Erwerbslose demonstrieren in Hindenburg trotz kleinen Belagerungszustandes

gegen faschistische Diktatur, für Winterbeihilfe

Hindenburg, 17. Dezember. In den Nachmittagsstunden am Dienstag sammelten sich spontan über 1000 Erwerbslose und durchzogen die Straßen mit „Nieder!“-Rufen auf das Demonstrationsverbot und die faschistische Diktatur. Gleichfalls galt die Demonstration für die Gewährung einer Winterbeihilfe, die der Magistrat unter Führung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters nicht gewähren will.

Die Demonstranten haben eine Delegation zum Magistrat geschickt, die die Forderungen der Hungernden überbrachte. Unter dem Druck hat der Magistrat einige Zugeständnisse machen müssen. Die Erwerbslosen haben trotzdem beschlossen, weiter für die reflexlose Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu kämpfen. Am Freitag finden große Erwerbslosenversammlungen statt, die weitere Maßnahmen beschließen dürften.

Hunger leidet Rettung! Und deshalb demonstrieren die Hindenburg

„Die Masken herunter! Ihr, die Ihr Euch anmaßt, Deutschland zu erneuern und durchsetzt seid von Eiddrechern, Sittlichkeitsverbrechern, Wucherern, Einbrechern und korrupten Elementen!“

von Müde kennt das Gesindel. Und was tun die also Angebrangerent! Nicht weit vom Sportpalast, wo Müde mit ihnen heute abrechnet wird, hat diese Bande von Eiddrechern, Einbrechern, Wucherern, Sittlichkeitsverbrechern und korrupten Elementen vorige Woche unter Führung Goebbels die Filmstadt gegen Remarque geschlagen. Dazu hatten sie „Mut“, die korrupten Heimkrieger der Fried-Garde. In der Abrechnung fehlt aber den Etappen- und Heimkriegern die Courage, und Reitschen-Goebbels

verbietet einfach seinen Anhängern den Besuch der Versammlung und allem denen, die es trotzdem wagen sollten, wird der Ausschluß angedroht.

Und die „Begründung“? Weil Goebbels ein Verbot der Partei befürchtet. Das mag dieser Burche zu schreiben, ausgerechnet sechs Tage nach seinem „Eieg“ über „Im Westen nichts Neues“. Noch ein weiteres Wort zu dieser Selbstentlarvung hinzuzufügen ließe den Wert abzuschwächen, den diese Selbstcharakteristik des Nazi-packs darstellt.

burger Erwerbslosen trotz Demonstrationsverbots, mit hungrigem Magen und zerflossenen Fegen am Leibe, gegen die Hungerdiktatur, für Brot und Arbeit!

Die Hungerarmee in den übrigen Orten muß gleichfalls kraftvoll vorstoßen.

Pilsudski macht deutschen Bauern von Golassowik den Prozeß

Weil sie sich gegen Faschistenterror wehrten

Rattowig, 16. Dezember. Wie erinnerlich, haben sich in der Wahlacht in Golassowig deutsche Bauern nach dreimaligem Ueberfall der Pilsudski-Banden auf ihr Dorf gegen die Faschisten zur Wehr gesetzt, wobei der polnische Polizeiwachmeister Schupka durch Messerliche getötet wurde. Acht verhassten Deutschen wurde nunmehr die Anklageschrift zugesellt. Zwei sind wegen schwerer Körperverletzung, die zum Tode führte, die anderen sechs wegen Beteiligung an einer Schlägerei angeklagt. Von den an den mehrfachen Ueberfällen beteiligten Pilsudskisten ist selbstverständlich kein einziger anwesend.

Bildet überall Aktionsausschüsse zum Kampf gegen Faschismus

Rettet die griechischen Soldaten vor dem Henker!

An die Arbeiter- und Bauernjugend aller Länder. Vom griechischen Kriegsgericht in Jannina wurden zwei Soldaten, Panossis und Marcovitch, zum Tode verurteilt, weil sie gegen das Hungerregime im griechischen Sibirien in Kampffreiheit revoltierten. Andere wurden zu lebenslänglicher und langjähriger Kerkerstrafe verurteilt.

In der griechischen Armee herrscht ein schrecklicher Terror. Die Soldaten hungern, müssen vom frühmorgens bis spät abends schwere Arbeiten verrichten. Sie sind aber nicht geneigt, ihr Leben und ihre Gesundheit in der Kaserne zu lassen. Tagtäglich gibt es in den Kasernen in Griechenland revolutionäre Kämpfe der jugendlichen Arbeiter und Bauern im Waffentod für die Verbesserung ihrer Lage. Der griechischen Bourgeoisie ist es bei einem großen Teil der Soldaten nicht gelungen, das Klassenbewusstsein zu vernichten. Nicht selten sind die Fälle, wo Soldaten gemeinsam mit den Arbeitern und Bauern demonstrieren, gegen die Polizei kämpfen und sich weigern, auf aufständische Bauern zu schießen. Darum werden Tausende vom griechischen Henker Venizelos nach Kalpaki in Verbannung geschickt, wo ein großer Teil zugrunde geht.

Das Todesurteil von Jannina gehört zu den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Das Gericht Venizelos' will zeigen, wie die Bourgeoisie gegen alle jene vorgehen wird, die sich nicht auf die Schlichter der Imperialisten führen lassen wollen, die auch dann kämpfen, wenn ihnen der Waffentod aufgezwungen wird!

Bereitet die Durchführung dieses Todesurteils an revolutionären Soldaten. Nur einer Massenprotest in den Betrieben, Stempelstellen, in den Städten und Dörfern kann sie retten. Organisiert Protestversammlungen und Demonstrationen!

- Nieder mit dem Todesurteil gegen die Soldaten!
 - Nieder mit den Kriegsvorbereitungen und Venizelos!
 - Es lebe der revolutionäre Kampf der griechischen Arbeiter, Bauern und Soldaten!
 - Es lebe die internationale revolutionäre Solidarität!
- Dezember 1930.

Westeuropäisches Büro der Kommunistischen Jugendinternationale.

Sachverständige Banditen freigelassen

Die Entführung des finnischen Expräsidenten war ein Signal zum Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion

Helsingfors, 17. Dezember. Vor einigen Tagen begann der Prozess gegen den früheren finnischen Generalkonsul Walleenius und andere Lappo-Faschisten wegen der Entführung des Ex-Staatspräsidenten Stahlberg im Auftrage der Lappo-Führung. Sämtliche Angeklagten wurden freigelassen und der Prozess auf einige Tage vertagt.

Die ganze Prozesshandlung war beherrscht von dem Bemühen, über die geheimnisvollen Hintergründe der Entführung nichts an die Öffentlichkeit bringen zu lassen. Gericht und Angeklagte vereinten ihre Anstrengungen, die ganze Entführung Angelegenheit möglichst harmlos auszulegen.

Tatsächlich wollten die Lappo-Banditen die Entführung des ehemals liberalen Präsidenten Stahlberg als „kommunistische Gewalttat“ ausgeben, die von „Sowjetagenten“ durchgeführt worden sei, um damit einen Krieg gegen die Sowjetunion herbeizuführen oder zum mindesten die antibolschewistische Agitation auf die Spitze zu treiben. Einiges in ihrer Regie klappte jedoch nicht ganz, so daß die wirklichen Täter in aller Öffentlichkeit entlarvt wurden und angesichts der Massenempörung über diese Lappo-Untat verhaftet werden mußten. Wie stark die finnischen Behörden — Kanzler Soininpuu und ist ja bereits offizieller Lappo-Kandidat für den Staatspräsidentenposten — mit den Lappo-Faschisten Hand in Hand arbeiten, zeigt die Freilassung der Entführer.

Neue Siege der Roten China-Armee

Die Reaktion zieht ihre Interventionsstruppen zusammen

Schanghai, 17. Dezember. Aus der Provinz Kwantsung wird gemeldet, daß die roten Truppen eine rege Tätigkeit auf der Insel Hainan entfalten, wo 13 Regimenter der vollständig und die übrigen teilweise, in den Händen der Roten Armee sind. Die Verkehrsverbindung zwischen Hainan und Kanton ist unterbrochen. Aus Kanton werden nach wie vor bedeutende Streitkräfte entsandt. Amerikanische und englische Zerstörer sind beordert, die Missionare zu „retten“, denen aber keine Gefahr droht. Nach drei chinesische Zerstörer sind nach Hainan abgegangen.

Im Norden der Provinz Kwantsung ist die Lage für die Regierungstruppen ungünstig.

In Kanton ist der Kriegszustand verhängt worden. In den Straßen patrouilliert Militär. Das Regierungsgebäude wird streng bewacht. Die Telefonverbindung zwischen Kanton und Schanghai ist unterbrochen.

Die „North China Daily News“ berichten, daß im Norden der Provinz Kwantsung, wo die Operationen der Regierungstruppen gegen die Rote Armee durch den Gebirge erheblich erschwert sind, eine Sowjetregierung geschaffen wurde. In der Provinz Hunan besetzten die Roten die Stadt Kiangsi und haben Litjau eingeschlossen.

Weiter Terror in Hankau

Schanghai, 17. Dezember. Pressemeldungen zufolge wurde in Hankau, angesichts der bevorstehenden Ankunft Tschangtschais, der Kriegszustand verhängt. Jeden Tag finden Verhaftungen und öffentliche Hinrichtungen statt. U. a. wurden acht Personen wegen Vorbereitung eines Attentats auf Tschangtschai hingerichtet.

Partisanenkämpfe in Indochina

Amsterdam, 17. Dezember. In Französisch-Indochina fanden in der Nacht vom 7. zum 8. November während des Besuchs des Generalgouverneurs von Niederländisch-Indien, Jontheer de Graeff, bei seinem Kollegen Pasquier Zusammenkünfte zwischen Partisanen unter kommunistischer Führung und den Regierungstruppen statt.

Am Mitternacht, als der Sonderzug, in dem sich die beiden Generalgouverneure auf ihrer Reise von Hanoi nach Hué befanden, den Militärposten in der Nähe von Canloc passiert hatte, wurde dieser Posten von etwa 600 Partisanen angegriffen. Der Angriff wurde abgeschlagen; die Partisanen sollen zwei Tote und drei Verletzte zurückgelassen haben. In derselben Zeit kam es zwischen einer Aufklärungspatrouille der Regierungstruppen und Partisanen in der Nähe von Hongon, nordwestlich von Canloc, zu Zusammenstoßen; die Partisanen wurden zurückgeschlagen.

Eine Gruppe von 200 Partisanen soll in der Nähe von Yen Quan durch eine Patrouille der Fremdenlegion zerstreut worden sein.

600 Partisanen auf dem Wege nach Yen Thuan haben den Bahnhof von Chast besetzt und den Bahnhofsvorsteher verhaftet. Ein Detachement der Fremdenlegion hat darauf den Bahnhof wieder in Besitz genommen. Der Bahnhofsvorsteher wurde befreit; die Partisanen haben vier Tote und vier Verletzte zurückgelassen.

Die Partisanen schlossen sich darauf wieder zusammen, worauf sie, 1500 an der Zahl, die Zitadelle von Huatien angriffen. Sie sollen zurückgeschlagen worden sein und 30 Wunden verloren haben.

Die Kämpfe beschränken sich im wesentlichen auf den nördlichen Teil der französischen Kolonie Indochina (Nord-Annam und Tonkin, in der Nähe der chinesischen Grenze). Die Zensur hat die Berichte der Auslandskorrespondenten

über die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November unterdrückt. Durch Vermittlung eines Vertreters der holländischen Telegraphenagentur „Aneta“, der im Gefolge des Generalgouverneurs von Niederländisch-Indien war, sind die obigen Einzelheiten zur Kenntnis der Kolonialpresse in Indonesien gelangt.

Starhemberg fordert Verbot des Remarque-Films für Oesterreich

Wien, 17. Dezember. Die Pressestelle der österreichischen Heimatswehren meldet: Der Bundesführer Starhemberg hat sich in Angelegenheit der Aufführung des Remarque-Films an den Bundeskanzler gewandt; er erklärt, daß die Aufführung dieses Films in weiten Kreisen der heimattreuen Bevölkerung größte Erregung hervorrufen würde. Namens der Heimatschutzbewegung erhebe er daher mit großer Entschiedenheit und starkem Nachdruck die Forderung, die Aufführung dieses Filmes zu untersagen.

Sowjetrussisch-chinesische Konferenz unterbrochen

Moskau, 17. Dezember. (TASS.) Der Bevollmächtigte Vertreter Chinas auf der russisch-chinesischen Konferenz, Mohtschuh, teilt Karachan seine Absicht mit, für einige Zeit nach China zu reisen.

In seinem Antwortschreiben erklärt Karachan: Die Sowjetregierung teilt vollkommen den von Ihnen wiederholt geäußerten Wunsch nach tatsächlicher Aufnahme der Erörterungen der Fragen der Ostasienbahn, des Handels und der diplomatischen Beziehungen, zu deren Prüfung in der Konferenzsitzung vom 4. Dezember Sonderausschüsse geschaffen wurden. Die Sowjetregierung sieht Ihrer baldigsten Rückkehr und der Wiederaufnahme der Arbeiten der Konferenz wie auch der Erfüllung aller anderen von chinesischer Seite gemäß dem Protokoll von Chabarowsk übernommenen Verpflichtungen entgegen.

Aus Guatemala sind Funkmeldungen eingetroffen, denen zufolge dort gestern eine bewaffnete Erhebung ausgebrochen ist. In der Straßen der Stadt ist es zu Feuergefechten gekommen.

In Amerika hat der Einwanderungsausschuß die jährliche Einwanderung in den nächsten zwei Jahren von 150 000 auf 75 000 herabgesetzt.



(Copyright) by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.

67. Fortsetzung.

Franz Kreuzat trat auf und sagte zu Murr, als sie wieder dem Ufer zuschritten: „Bleibst du hier oder kommst du mit? Wenn die hier anpacken, dann werden sich unsere Leute wohl wieder befinden!“

„Du hast gehört, wer das Ruddle muddel herbeigeführt hat!“ sagte Murr. „Die Kampfleitung in Hagen trägt die Schuld, weil sie mit den Verhändlern in Bielefeld liebäugelt! Solche Leute gehören ganz wo anders hin, als in die Kampfleitung einer revolutionären Armee!“

Sie fuhren wieder über die Spitze. Als sie den Wald durchschritten, trachtete irgendwo weit hinter ihnen ein dumpfer Donner.

Franz sah nach seiner Uhr. „Das Ultimatum ist abgelaufen! Unsere Geschütze befehlen Wess!“

Seulend bohrten sich die Eisenbroden hoch über dem Walde durch die Luft und trachten in die Festungswälle und Verschauungen der Stadt hinein.

Als sie wieder ihre Truppe erreichten, bubdelten die Kameraden den toten Schnibder ein.

Durch die Verwirrung, die die Nachricht von dem Waffenstillstand verursacht hatte, war die Front rechts von der Spitze geschwächt und vorläufig nicht in der Lage, einen stärkeren Angriff zu unternehmen. Während die Front links von der Spitze noch immer die Stadt bombardierte, durch tapfere Teil-

kämpfe die Reichswehr bedrängte, war doch die Einnahme — nachdem die Reichswehrleitung die Uebergabe abgelehnt hatte — durch das Zögern der rechts von der Spitze liegenden Truppenteile, die auch noch weiterhin durch verworrene Meldungen zu keinem Entschluß gekommen waren, stark behindert.

Kehr unternahm alle möglichen Versuche, neue Verstärkungen heranzuschaffen. Nur wenige Abteilungen, die mit der Neutralität der Hagener Kampfleitung nicht einverstanden waren, hatten auf eigene Faust sich in Marsch gesetzt und kamen zu Hilfe. Das füllte aber bei weitem nicht mehr die in die Front gerissenen Lücken aus, und der Frontabschnitt war — da auch die noch verbliebenen Arbeiter mähmütig wurden — durch fortgesetztes Losbröckeln einzelner und kleiner Trupps buchstäblich lahmgelegt.

So vergingen zwei Tage. Kreuzats Mannschaft hatte sich notwendige Deckungen gebuddelt und beschränkte sich auf die Erwidmung des gegnerischen Feuers. Kleine Streifen fliehen des Nachts vor, um die wieder dreißig vorgezogenen Reichswehroposten mit Handgranaten fortzutreiben.

Am 27. März, nachdem alle Hoffnungen, neue Kräfte an die Front zu bekommen, durch das passive Verhalten der Hagener Leitung gescheitert waren, rief Kehr die übriggebliebenen Führer zusammen und teilte ihnen seinen Entschluß mit, die Front, die seinem Kommando unterstand, bis auf Schermsbed zurückgehen zu lassen.

Der Matrose machte noch Einwände. Kehr aber erklärte den Führern seine Bedenken: „Rechts liegt alles lahm! Wir haben durch das Verlassen der Front rechts vom Bahndamm nach dorthin keinen Anschluß mehr und können abgetrennt werden!“

Murr stand da, wie einer, der zu Tode verurteilt worden war. Kehr ergriß seine Hand: „Es ist keine Preisgabe unseres Kampfes, Genosse! Du wirst doch in Ruhe sein, dort müßten wir so oft einen Umweg machen, um später um so fester anzupacken!“

Murr nickte nur. Er sah Franz Kreuzat an und sagte: „Bleibst du darüber?“

„Wenn wir Gefahr laufen, abgetrennt zu werden, dann ist es richtiger, dem Vorschlag des Kehr Folge zu leisten! Aber eins lehne ich im voraus ab: die weitere Unterordnung unter die schlappe Kampfleitung der Hagener! Ihr braucht euch nicht zu wundern, wenn die eines guten Tages damit kommen, die

Knarren abzugeben, die wir unter Einsatz unseres Lebens an uns gerissen haben!“

„Nicht eine Patrone wird abgegeben, Genossen!“ sagte Kehr. „Eher binde ich mir eine Handgranate um die Gurgel und krepriere so, ehe ich meine Knarre abgebe!“ Inzwischen der Matrose erbittert. „Wir lehnen so eine Forderung, wenn's sein muß, mit Gewalt ab!“ sagte auch der Offizierstellvertreter.

Sie beschloßen den Rückzug auf Schermsbed. Der Rückmarsch sollte sich gestaffelt vollziehen. Von jeder Kompanie blieb eine Gruppe mit einem Maschinengewehr zurück, um die Abziehenden zu sichern.

Franz Kreuzat befehl den Kanonier, den Reichswehrmann und noch zwei Mann und das leichte Maschinengewehr zurück, übergab dem Bah die Führung der rückmarchierenden Abteilung und suchte eine sichere Stelle aus, von der aus er mit dem Maschinengewehr heranrückende Kosaken beschießen konnte. Auch Murr war dageblieben.

Nur vor Abend löste sich eine Abteilung nach der anderen aus der Front und verschwand ausgeschwärmt, doch fast geräuschlos im Wald. Franz Kreuzat beabsichtigte in der Nacht mit dem Maschinengewehr zu verschwinden, hatte aber einen Feind vergessen: den Nebel!

Wie den ersten Abend, als sie an die Front kamen, hällte sich der Wald in das undurchdringliche Grau. Nur daß sich die Reichswehr ziemlich ruhig verhielt beruhigte die M.G.-Bedienung.

Franz Kreuzat riet davon ab, in den Nebel hineinzurennen und beauftragte den Kanonier, im Falle einer Ueberrumpfung das Maschinengewehr mit einer Handgranate zu sprengen. Dann sollte sich jeder auf eigene Faust einen Rückweg suchen.

Gegen Mitternacht wurden die Reichswehroposten unruhiger. Starkes Maschinengewehrfeuer setzte ein. Die Gruppe mußte tief in Deckung, um nicht getroffen zu werden. In den Wäulen erwiderte der Kanonier das Feuer, um die Reichswehr zu täuschen. Auch weiter rechts im Walde knatterte ein Maschinengewehr.

„Das sind unsere!“ sagte Franz Kreuzat, „die sind auch noch da!“ Die Stunden krochen entschuldig langsam dahin. Die Kosarmisten, deren Kleidung von dem Nebel durchnäht war, stoben und warteten mühsam auf den Morgen, der nicht kommen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Rund um den Erdball

„Im Hinblick auf die derzeit gespannte Lage Europas“

Clond-Versicherung wittert Krieg

Die Versicherungen für die Weltfrachten um 30 Millionen Mark erhöht

London, 17. Dezember. „Im Hinblick auf die derzeit gespannte Lage Europas“ erwägt die große Versicherungs-Gesellschaft Clonds zurzeit ernsthaft einen Vorschlag, die Frachtversicherungsprämie gegen Kriegsrisiko um 6 Pence zu erhöhen. Dies würde die Versicherungsprämie für englische Frachten um 10 Millionen Mark und für alle Frachten der Weltwirtschaft um 30 Millionen Mark erhöhen. Nach Aussagen führender Schiffsmänner herrscht augenblicklich innerhalb der Schiffahrtkreise eine gewisse Nervosität wegen der gespannten gegenwärtigen internationalen Lage.

Die große englische Tageszeitung „Daily Telegraph“ meldet hierzu ergänzend, daß die Verhandlungen sich augenblicklich noch im Anfangsstadium befinden. Als Grund werde angegeben, daß im Hinblick auf die unruhigen politischen Verhältnisse in vielen europäischen Ländern die gegenwärtige Gespanntheit,

das Kriegsrisiko umsonst oder gegen eine sehr kleine Prämie in die Polken einzuschleichen, den Versicherungsgeellschaften sehr schwere Verpflichtungen bringen könnte,

ohne daß sie dafür eine entsprechende Vergütung erhalten. In den gegenwärtigen Verträgen über die Versicherung von Frachten sei eine Klausel enthalten, die die „Beschlagnahme und — alle Folgen von Feindseligkeiten, ganz gleich ob vor oder nach einer Kriegserklärung“ ausschließen. Der Vorschlag dieser Kriegsrisiko-Prämie, die also nach ihrer Inkraftsetzung die Weltwirtschaft um weitere 30 Millionen Mark belastet, erstreckt sich, so schließt „Daily Telegraph“,

nicht auf die Schiffskörper, da die meisten Reedereien ihre Schiffe gegen Kriegsgefahr ohnehin durch besondere Vereinbarungen auf Gegenseitigkeit versichern.

Halt, Prolet! Den letzten von uns fettgedruckten Satz lies zum besseren Verständnis des darin verborgenen Sinnes noch einmal. Hast du es nun verstanden? Also: die meisten Reedereien haben ihre Schiffe ohnehin gegen Kriegsgefahr durch besondere Vereinbarungen auf Gegenseitigkeit versichert. Das heißt, in die eindeutige Sprache der Arbeiterschaft überlegt:

daß in einem Kriege der kapitalistischen Staaten untereinander der Reeder um das Schicksal seiner zufällig in einem feindlichen Hafen liegenden Schiffe nicht besorgt sein braucht, da die inter-

nationalen Kapitalisten, unabhängig von ihren Staaten, Verträge abgeschlossen haben, wodurch ihr Eigentum unter allen Umständen gesichert bleibt.

Der Leidtragende ist also nur das Arbeitsvolk, das durch Schnaps und patriotische Phrasen benebelt wird, um sich zur „höheren Ehre der Vaterländer“ willig abzuverkaufen zu lassen.

Des weiteren aber zeigt die Meldung der „Daily Telegraph“, wie die feinhörigsten Kapitalisten unserer Zeit, also die Schiffaktionäre und die Versicherungsagenten, die Kriegsgefahr

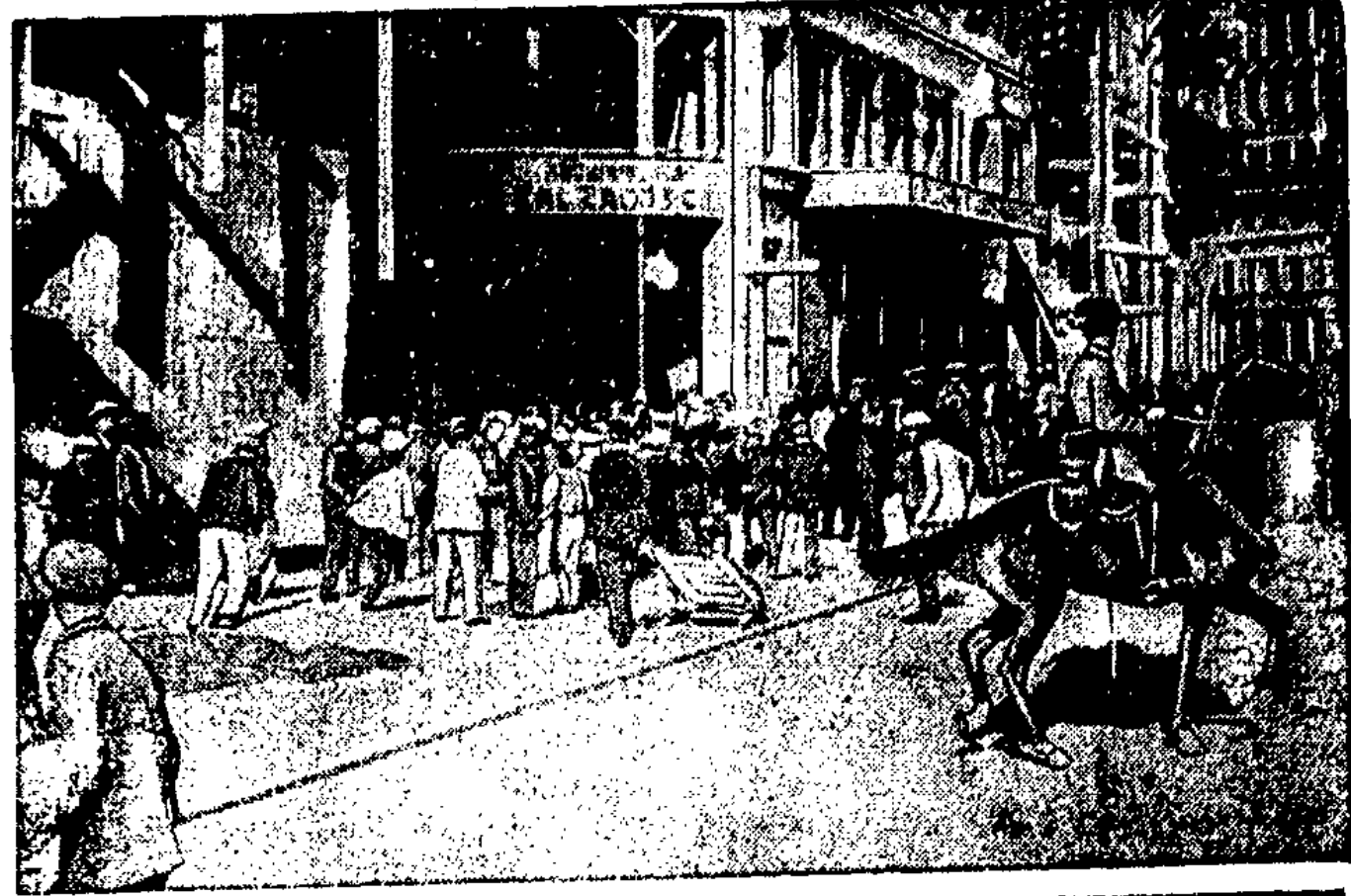
in Europa einschätzen. „Im Hinblick auf die unruhigen politischen Verhältnisse in vielen europäischen Ländern“ halten diese Profitgeier es heute bereits für notwendig, das Kriegsrisiko auf die Schultern des Weltkonumenten abzuwälzen. Sie wollen nicht überlastet werden. Aber auch die Weltarbeiterschaft hat alle Ursache, sich ebenfalls gegen ein „Kriegsrisiko zu versichern.“ Erst vor einigen Tagen grüßten wir auf, wie die großen internationalen Rüstungsfirmen

die Sikors, Schneider-Creusot und Stoba ihre Nordwertzeugproduktion ins Kreuzfeuer heigert und wie ihre Aktien entgegen dem sinkenden Weltbörsenindex ständig in die Höhe kletterten.

Das sind untrügerische Zeichen des herannahenden Krieges und müssen als solche von der internationalen Arbeiterschaft gewertet werden. Wer sich also heute noch von den pazifistischen Nieder-Krieg-Gesäuseln der Sozialpatrioten, der 2. Kriegstreiber-Internationale einfangen läßt, der handelt pflichtvergessen an den Lebensinteressen des Weltproletariats.

Zivilgarde gegen demonstrierende Arbeiter eingesetzt

Beim 48stündigen revolutionären Generalstreik in Valencia kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Streikenden und der berüchtigten Zivilgarde des spanischen Königs.



Erbitterter Kampf um einen entsprungenen Fürsorgezögling

Lieber tot als zurück in die Hölle

Das Elternhaus wird belagert — Verteidigung mit Steinen, Porzellan und kochendem Wasser

Harburg, 17. Dezember. Ein Fürsorgezögling aus Moorburg, dem es gelungen war, aus der Harburger Fürsorgehölle zu entfliehen, war zu seinen Eltern in Moorburg geflüchtet. Als diese die Klagen ihres Jungen über die brutale Behandlung in der Anstalt erfuhren, waren sie damit einverstanden, daß er bei ihnen blieb. Die Behörden jedoch verlangten ferner die Herausgabe des Jungen. Da sich die Eltern trotzdem weigerten, kam es zu einem erbitterten Kampf mit einem großen Aufgebot von Schutzpolizei.

Mit allen möglichen Gegenständen hatten die Eltern ihr Haus verbarrikadiert. Als die Polizeitruppe das Haus umstellen wollte, kamen ihr Steine, Porzellangegegenstände und kochendes Wasser entgegen.

Als schließlich die Polizei zum Sturm überging, wurde sie von mehreren Schüssen der verzweifelten Eltern empfangen. Erst nach einem längeren erbitterten Kampf gelang es der Polizei, in die Wohnung einzudringen, um gerade noch zur rechten Zeit der Mutter des Zöglings eine Petroleumlampe aus der Hand zu schlagen, womit sie bereits die ganze Wohnung begossen hatte.

In ihrer grenzenlosen Verzweiflung hatte sie beabsichtigt, das Haus in Brand zu stecken und sich auf diese Weise ums Leben zu bringen.

Schwer gefesselt wurden Vater, Mutter und Sohn zur Wache abgeführt. Ihr Kampf war ein vergeblicher. Während

der Junge nunmehr wieder zwangsweise in die Erziehungshölle zurückgebracht wird, müssen die Eltern den Versuch, ihren Jungen vor den Bestialitäten entmenschter „Erzieher“ zu retten, mit langjähriger Freiheitsstrafe büßen. So will es die kapitalistische „Ordnung“!

Der enttäuschte Selbstmörder

In dem thüringischen Städtchen Zeitz wollte sich in einer belebten Straße ein Handelsmann das Leben nehmen und warf sich plötzlich vor die Räder eines in voller Fahrt herauslaufenden Lastautos. Dem geistesgegenwärtigen Chauffeur gelang es, im allerletzten Augenblick, den Wagen zum Stehen zu bringen. Voller Mut sprang der enttäuschte Selbstmörder auf und mißhandelte den Chauffeur so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der verhinderte Selbstmörder wurde verhaftet.

Ein raffinierter Trick

In einem Augsburger Ladengeschäft hatte ein gutgekleidetes Paar eine Zuchtenleder garnitur aus. Im Verlaufe des Kaufes behauptete die Käuferin, daß sie kein echtes Zuchtenleder, die Verkäuferin möchte sich überzeugen, wie echtes Zuchtenleder riecht. Sie zog das angebliche Zuchtenparfüm aus der Tasche und hielt es der Verkäuferin unter die Nase. Diese roch daran und fiel sofort in Ohnmacht. Das raffinierte Paar verschwand indessen unter Mitnahme von Waren im Werte von mehreren tausend Mark.

Eklareks Jagdvilla verkauft

Die Eklareksche Konkursverwaltung hat die in Maran in Mecklenburg gelegene Jagdvilla der Gebrüder Eklarek verkauft. Das prunkvolle Schlösschen, wo so oft von dem gestohlenen Gelde der Berliner Arbeiter Wein- und Seltorgien gefeiert wurden, soll nunmehr von dem neuen Besitzer in ein Hotel umgewandelt werden.

„Nicht am letzten Tage kaufen“

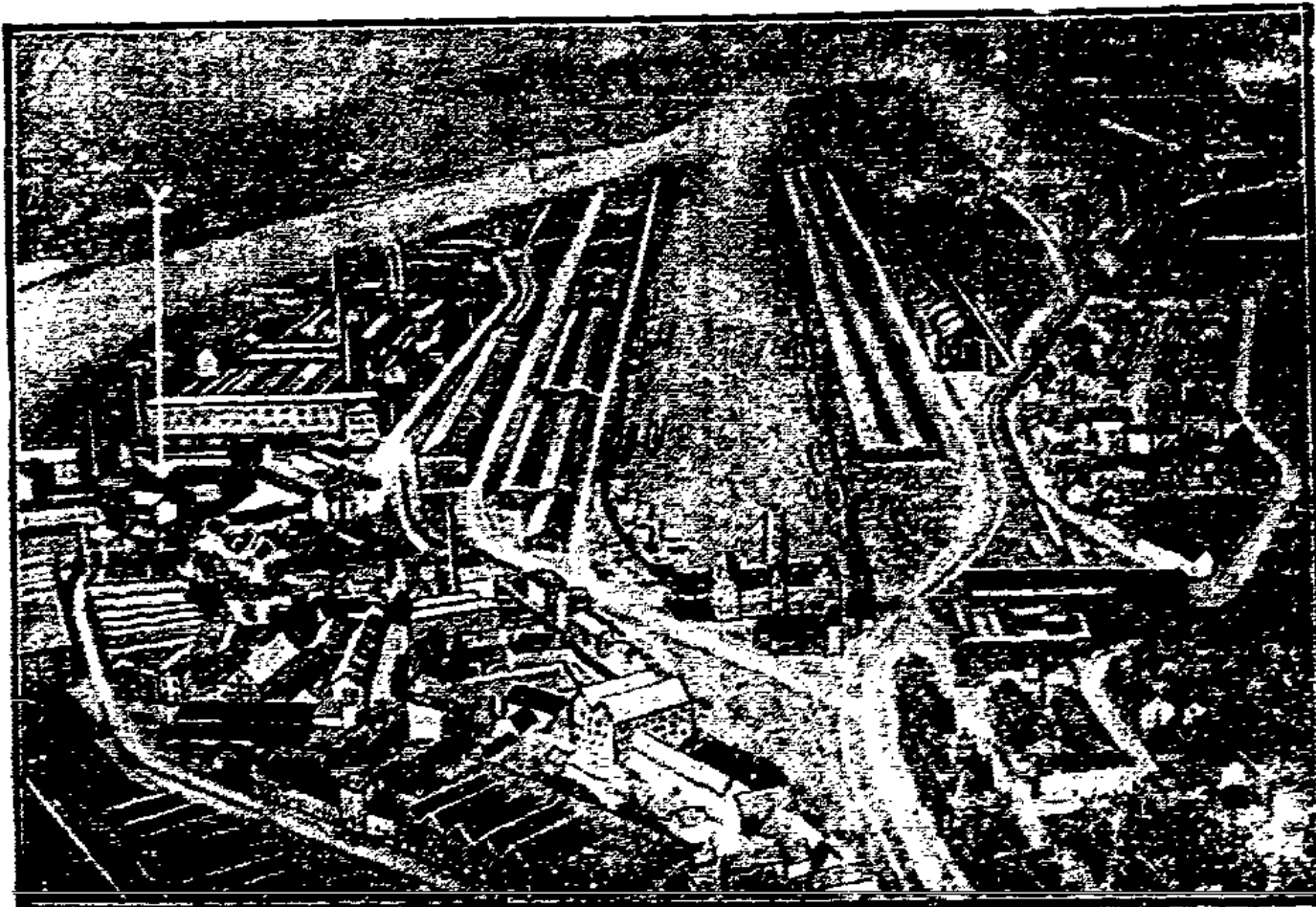


Diese unnötige Warnung wird augenblicklich in der bürgerlichen Presse eindringlich publiziert. Als ob die vier Millionen Erwerbslosen, die jämmerlich entlohnte Arbeiterschaft überhaupt, an Großeinkäufe für das sogenannte Weihnachtstedenken kann. Szenen, wie auf unserem Bild, werden sich bestimmt in diesem Jahre in den Warenhäusern der deutschen Republik nicht ereignen.

Zusammenstoß zweier englischer Unterseeboote
Zwei nach Hongkong bestimmte englische U-Boote sind nach einer Londoner Meldung bei Gibraltar zusammen gestoßen und gesunken. Nähere Einzelheiten über das Unglück, insbesondere über das Schicksal der Besatzung, werden von der englischen Admiralität geheimgehalten.

Riesenfeuer im Bremer Freihafen

In dem im Bremer Freihafengebiet gelegenen Lagergebäude der Firma Nielsen — durch den Pfeil gekennzeichnet — brach in der Nacht zum 17. Dezember ein Brand aus, der in aller kürzester Zeit einen riesigen Umfang annahm und trotz des Einsatzes sämtlicher Feuerwehren Bremens und eines Löschdampfers das Gebäude völlig in Asche legte.



Breslau

Arbeiterkorrespondenten und Mitarbeiter!

Am heutigen Donnerstag, 20 Uhr, findet im „Selben e 2 8 m e n“ eine Sitzung statt, die sich mit der verstärkten Mitarbeiterkorrespondenten und Arbeiter aus den Betrieben und Massenorganisationen an der Ausgestaltung des lokalen Teiles und der Gesamtgestaltung beschäftigen wird. Wir fordern alle Arbeiterkorrespondenten und unsere Mitarbeiter auf, an dieser Sitzung teilzunehmen. Genossen, die ein Interesse an der Ausgestaltung der Zeitung haben, können an der Sitzung teilnehmen. — Die Redaktion.

Steine werden festgemacht

Am Königsplatz, an der Stelle, wo die Schienen der Straßenbahn sich kreuzen, sind an den Stellen, die weder dem Fuß, noch dem Wagenverkehr dienen, kleine vierkantige Steine aufgeschüttet. Dort liegen sie seit Wochen und Monaten...

Wöchentlich Bescheid des Polizeipräsidenten an den Magistrat, des Magistrats an die Straßenbahnbauverwaltung, der Straßenbahnbauverwaltung an die Gleisabteilung: Die Steine sind zu beseitigen!

Prompt wird der Befehl ausgeführt: Die kleinen Vierkantigen werden weggeräumt, spitze Steine werden angeschrien und mit Zement besetzt.

Wozu das alles?

Weil der Polizeipräsident befürchtet, daß die Erwerbslosen und Arbeiter bei der Abwehr von Polizei- und Faschistenüberfällen die früher unbesetzten Steine benutzen könnten.

Oder ist er etwa der Ansicht, daß die Kommunisten sich mit diesen Steinen bewaffnen würden, um so in der Lage zu sein, mühelos das Polizeipräsidenten zu erschlagen? Ist er tatsächlich so naiv?

Das Urteil gegen die Wohlfahrtsbeamten

Im Prozeß gegen die betrügerischen Wohlfahrtsbeamten, der das Schöffengericht längere Zeit beschäftigte, wurde folgendes Urteil verkündet: Wohlfahrtsdirektor Hammler wurde zu zwei Jahren und Wohlfahrtspfleger Neumann zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt, während der Bezirksvorsteher Nabel mangels Beweisen freigesprochen werden mußte.

M. Das Gericht sah nach der Beweisaufnahme als erwiesen an, daß sich die beiden verurteilten Angeklagten in 37 Fällen der Amtsunterschlagung schuldig gemacht haben. Die Differenz zwischen dem quittierten und dem ausgezahlten Geld sei in ihre Tasche gewandert. Teilweise haben die Angeklagten gemeinschaftlich gehandelt, teilweise jeder für sich allein. Um die Straftaten zu vertuschen, sind Belege und Akten falsifiziert worden. Während Neumann geständig war, leugnete Hammler bis zum Schluß jede strafbare Handlung. Schwer zu rügen sei auch, daß die Angeklagten vielfach eigenmächtig Gelder an Leute ausgezahlt hatten, die nicht bedürftig waren. Der dritte Angeklagte mußte mangels Beweises und auch aus rechtlichen Gründen freigesprochen werden, obwohl auch ihm unkorrektes Handeln nachgewiesen sei.

Der Prozeß hat gezeigt, daß auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege vieles im Argen liegt. Wie wäre es sonst möglich, daß unkontrolliert hier drei Beamte nach eigenem Gutdünken an ihnen genehme, jedoch nicht bedürftige Personen Wohlfahrtsgehälter auszahlen konnten, während wirklich Notleidende sich die Hände abreiben müssen, ehe sie ein paar Pfennige bewilligt bekommen. Ein Sumpf ist hier durch Zwang ausgetrocknet worden. Hoffentlich sieht sich der Magistrat in den übrigen Wohlfahrtsbezirken nun recht gründlich um, damit ihm weitere Ueber-tretungen erspart bleiben. Gerade die proletarische Bevölkerung hat ein großes Interesse daran, daß nicht die öffentlichen Unterstützungsgelder durch mangelhaft kontrollierte Wohlfahrtsbeamte in die eigenen Taschen oder die von Günstlingen fließen.

Achtung, erwerbslose RGO-Mitglieder

Das Bezirkskomitee der RGO. benötigt die Hilfe einiger erwerbsloser RGO-Mitglieder zur Erledigung einer wichtigen Arbeit. Dienstag heute Donnerstag von 15 bis 16 Uhr im Büro, Breite Straße 6/7 (in der Hauseinfahrt, 1. Ausgang linker Hand, 1. Stock).

Gloria-Palast

Der erste Harry-Piel-Film: „Er oder ich“

Nach längerer Pause erscheint Harry Piel wieder im Film (Der Tonfilm hatte ihn für eine Zeit schmachvoll gefeiert). Aber nun ist er wieder da mit seinen Hochspannungen und ihren Unwahrscheinlichkeiten, mit Detektiven, Kommissaren, Verbrechern und Fürsten, tollkühnen Jagden zu Wasser und zu Lande, im Auto, Flugzeug, Motorrad und Motorboot, Eisenbahn und Dampfer. Interessant wird das Ganze durch die Doppelrolle Pels, der zugleich einen Fürsten und einen Hochspanner, den Doppelgänger des ersten, spielt. Und damit ist alles über die Handlung gesagt, die sich nirgends über das Niveau der früheren Piel-Filme erhebt. Eins muß man offen zugeben: Diese dumme Belanglosigkeit ist mit großem Geschick, unerhörtem technischem Aufwand und einwandfreien künstlerischen Mitteln gemacht, so daß sie unzweifelhaft große Wirkungen erzielt, größere als zuvor — beim stummen Film. Die Tonwiedergabe ist nicht nur gut wie in anderen Filmen auch, der Regisseur geht auch hier neue Wege; es gelingt ihm zum Beispiel, den Rhythmus der Großstadt und vieles andere mehr sehr überzeugend wiederzugeben. Herrlich ist die Photographie des Films, der unergiebliche Eindrücke aus der italienischen Landschaft hinterläßt. Abgesehen von der Handlung, der dummen Tendenz und des happy end hat Piel hier wirklich eine Spitzenleistung geschaffen, die anderen durchaus ebenbürtig ist, gut unterhält, manchmal spannend und nie langweilig wird — also alle Vorbedingungen für eine große und nachhaltige Wirkung auf das kleinbürgerliche Publikum erfüllt. Das Dumme ist nur, daß alle Pointen „verleert“ sind; man weiß schon immer vorher, was kommt. — II.

Heute um 20 Uhr im „Bergkeller“

Arbeiter! Klassenossen! Besucht die Winterveranstaltung der Roten Hilfe am heutigen Donnerstag um 20 Uhr im Lokal „Bergkeller“. — Es spricht der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte und erst vor kurzem amnestierte Genosse G e r s, Berlin. — Außerdem erstes Auftreten der Agitproptruppe der Roten Hilfe. Anschließend Einbildung der Kinder und Angehörigen der politischen Gefangenen sowie Verlobung.

Lohnabbau in den Metallbetrieben?

Kollegen, kommt am Sonntag in den „Artifusgarten“!

Was ist in der Breslauer Metallindustrie? Die Unternehmer fordern Lohnabbau. Nach ihrer Ansicht gibt es nur einen Ausweg aus der Krise. Dieser Ausweg heißt Kapitalbildung, d. h. Abbau der Löhne, Gehälter und sozialen Lasten, d. h. weitere Verelendung der Arbeiterschaft. Die Arbeiter sind mit Recht der Auffassung, daß dieser Ausweg kein Ausweg ist, denn es kommt nicht darauf an, daß die Unternehmer höhere Profite erhalten, sondern darauf, daß die Arbeiter und Angestellten als Menschen leben und die Erwerbslosen wieder Arbeit erhalten können. Deshalb fordern die Arbeiter, daß die Löhne nicht abgebaut werden sollen. Ja sie sind mit Recht der Auffassung, daß die Löhne und Gehälter erhöht werden müssen, damit infolge der neuen und erhöhten Steuern das Realeinkommen nicht sinkt.

Das Gros der Metallarbeiter in Breslau ist im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert. Was macht die Leitung dieses Verbandes mit Biegler an der Spitze? Protestentscheidungen wurden be-

schlossen — sonst nichts. Biegler und seine Getreuen warten ab, bis die Unternehmer ihnen die Pistole auf die Brust setzen oder der Lohnraubspruch für verbindlich erklärt wird, um dann sagen zu können: „Wir sind vergewaltigt worden!“

Die beste Abwehr ist der Angriff. Kollegen, ihr habt es in der Hand. Ihr seid stark, wenn ihr kämpfenschlossen und einig seid. Deshalb schließt die Einheitsfront ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, ob Christ, ob organisiert, ob nicht. Wählt in jedem Betrieb einen Kampfsausschuß! Wählt auch den letzten Kollegen auf. Greift an! Duhet keinen Pfennig Lohnabbau!

Die RGO. zeigt euch den Weg. Um alle Unklarheiten zu beseitigen, kommt am Sonntag um 10 Uhr in den „Artifusgarten“, um dort konkrete Maßnahmen zu beschließen. Sage es einer dem anderen: Alle Metallarbeiter am Sonntag in die von dem Ortskomitee der RGO. einberufene Versammlung — und den Unternehmerangriff in geschlossener Front abgewehrt!

Lohnsteuerrückerstattung beantragen!

Auf den Steuerkarten, die die Arbeiter in Breslau zugestellt erhalten, wird u. a. auf die Erstattung einbehaltener Steuerbeträge für 1930 hingewiesen. In dem fraglichen Absatz wird gesagt:

Erstattung eines Betrages der gezahlten Lohnsteuer kann der Arbeitnehmer beantragen, wenn

1. die steuerfreien Beträge (steuerfreier Lohnbetrag, Pauschalsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen und die Ermäßigungen für Frau und Kinder) infolge Verdienstaussfalls (z. B. teilweiser Arbeitslosigkeit, Krankheit) beim Steuerabzug nicht voll berücksichtigt worden sind oder
2. besondere Verhältnisse vorgelegen haben.

3. Jahresbeträge unter vier Reichsmark werden nicht erstattet. Die Erstattungsanträge sind spätestens bis zum 31. März 1931 beim Finanzamt einzureichen. Steuerkarte 1930, sofern sie

sich im Besitz des Arbeitnehmers befindet, und Belege sind beizubringen.

Unter den „besonderen Verhältnissen“ (Biffer 2) wird u. a. verstanden: Änderung des Familienstandes (Heirat, Geburt eines Kindes), außergewöhnliche Belastung durch Erhaltung mittelbarer Angehöriger, Krankheit, hohe Ausgaben für Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für Werkzeuge und für Berufsausbildung, hohe Ausgaben für Versicherungsbeiträge, Kirchensteuer, Berufsverbandsbeiträge, wenn die Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 Mark monatlich übersteigen.

Wir fordern die Arbeiter auf, nach Möglichkeit bald Anträge an das Steueramt auf Rückzahlung der gezahlten Lohnsteuer zu stellen. Im Büro des Bezirkskomitees der RGO., Breite Straße 6/7 (Hauseinfahrt, 1. Ausgang linker Hand, 1. Stock), wird in den Sprechstunden gern Auskunft und Rat auch in Steuerangelegenheiten gegeben.

Morgen Freitag — in den „Schließwerder“!

Schaffung der kämpfenden Einheitsfront gegen den Faschismus ist das dringendste Gebot der Stunde. Wie schafft man diese Einheitsfront? Darüber sind sich die Arbeiter noch nicht endgültig einig. Um diese Frage reiflich zu klären, findet am Freitag, dem 19. Dezember, im „Schließwerder“, um 20 Uhr, eine große öffentliche Versammlung statt. Dort wird in Form eines Referats mit anschließender freier Aussprache die gestellte Frage beantwortet werden.

SPD., KAP. und Reichsbannerarbeiter, erscheint zahlreich!

„Ihren Genossen A. Meiman, Bezirksleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus, und Genosse W. Müller, der vor acht Tagen nach seinem Ausschluß aus der SPD. der KAP. beigetreten ist. Zur Versammlung rufen auf: Die Kommunistische Partei, die Kommunistische Jugend und der Kampfbund gegen den Faschismus.“

„Wohnungsamt ermittelt bettlägerigen Arbeiter“

Zu dem unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Artikel wird uns vom Presseamt des Magistrats folgende Erwiderung zugestellt: „Der ermittelte Arbeiter hat dem Wohnungskommissariat das Attest eines Privatarztes vorgelegt, wonach er wegen Blei-krankheit bettlägerig sein sollte. Das Wohnungskommissariat hat sich darauf mit diesem Privatarzt in Verbindung gesetzt und erfahren, daß der Zustand des Arbeiters sich wesentlich gebessert habe, so daß man ihn nun nicht mehr als bettlägerig bezeichnen könne. Es ist darauf, nachdem der Anspruch der Frau des Arbeiters auf die Wohnung von sämtlichen Instanzen als nicht zu Recht bestehend erkannt worden war, die Ermittlung erfolgt. An Stelle des jungen Arbeiter-Ghepaars ist die freigebliebene Wohnung einem Ehepaar mit 3 Kindern zugewiesen worden. Selbstverständlich bedeutet eine Ermittlung in jedem Falle eine Härte; das Wohnungskommissariat ist jedoch verpflichtet, jeden irgendwie verfügbaren Raum freizumachen, um den bei ihm vorliegenden ganz ähnlichen Fällen von Wohnungsnot abhelfen zu können. Es ist zweifellos, daß ein Ehepaar mit 3 Kindern gegenüber einem jungen kinderlosen Ehepaar den Vorzug verdient.“

gegenüber und eine Belebung des Weihnachtsgeschäfts und hofft, daß auch die anderen Unternehmer in gleicher Weise verfahren. — Wir bringen die Maßnahme der Firma Tieß unseren Lesern zur Kenntnis und bemerken, daß eine Erhöhung der Gehälter der Angestellten bestimmt tiefer wäre als die Verwerfung ihrer Auszahlung um acht Tage, die im Januar nicht ohne Auswirkung auf die Lebenshaltung bleiben wird.

Hast du schon eine Karte?

Hast du bereits eine Karte zu der Solidaritätsveranstaltung der Internationalen Arbeiter-Hilfe am 25. Dezember im Lunapark? Wenn nicht, besorge sie dir sofort. Vorverkauf der Karten findet statt: In der Expedition der „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50. — Literatur-Vertriebsstelle (Parteibüro) Oberstraße 23. — J.M.S.-Büro, Freiheitsgasse 2.

Weim Stubenbrand das Kind erstickt. Am Mittwochabend, kurz vor 24 Uhr, wurde die Feuerwehr nach der Grünstraße 28 gerufen, um einen Stubenbrand zu löschen. Das 3½-jährige Kind des Bauarbeiters B. wurde rauchvergiftet in der Stube aufgefunden. Im Wenzel-Landes-Krankenhaus verstarb das Kind. Der Vater, der Witwer ist, erklärte, die Wohnung gegen 19 Uhr verlassen zu haben, während das Kind schlafend im Bett gelegen hatte. Er gibt die Möglichkeit zu, beim Verlassen der Wohnung mit der brennenden Zigarette Sachen, die an der Tür hingen, gestreift zu haben, so daß der Brand dadurch entstanden sein kann.

Sportvereinigung Nordost 93. Zivitsu. In der Abteilungs-generalversammlung wurde als technischer Leiter R. Gleis gewählt. Alle Anschaften sind an R. Gleis, Gabitzstraße 42, zu richten. Freitag Pflichtübungsstunde und letztes Training in diesem Jahre.

Arbeiter-Opernklub. Freitag kein Übungsabend. Sonnabend, 20. Dezember, im Vereinslokal bei Wittner, Uferstraße 26, Sonnenwendfeier. Eintritt frei! Nächster Übungsabend: Freitag, 2. Januar 1931, um 20 Uhr.

Städte-Fußballspiel am 25. und 26. Dezember

Am 25. und 26. Dezember steigt auf dem „Minerva“-Platz, Lange Gasse, und auf dem „Union-Wacker“-Platz am „Bergkeller“ ein Fußball-Städtespiel Breslau-Berlin. Arbeiterportier, kommt hin. Informiert die Bekannten. Beachtet nachfolgende Veröffentlichungen.

Gehaltszahlung am 22. Dezember

Die Firma Tieß teilt uns mit, daß sie die am 31. Dezember fälligen Gehälter ihrer Angestellten bereits am 22. Dezember ausbezahlt wird. Tieß steht darin im Gegensatz zu den Angestellten-

Tausende von Arbeitern und Funktionären der Gewerkschaftsbewegung warten auf die soeben erschienene Broschüre:

Die RGO.

Was sie ist und was sie will Ihre Aufgaben und ihr Aufbau

Der Zweck dieser Broschüre ist, über die Ziele und nächsten Aufgaben der RGO. sowie über ihren organisatorischen Aufbau zu informieren.

24 Seiten 10 Pfennig Zu beziehen durch alle Litellen und Litobläute

Waldenburger Bergland Der „arme“ Fürst von Bleß

Er gibt 30 Millionen Schulden an und will Staatshilfe haben

In der bürgerlichen Presse lesen wir: „Im niederösterreichischen Industriegebiet sind die Stahlfabrikanten A. G. Waldenburg in Zahlungsunfähigkeit geraten. Die Schulden bei der Stahlfabrik Waldenburg sollen 30 Millionen Mark ausmachen. An sich wäre der Konzern des Fürsten Bleß stark genug, die Schwierigkeiten bei der Waldenburger Tochtergesellschaft zu meistern. Die in Betracht kommenden Objekte sind gegenwärtig, aber nicht zu realisieren und nicht zu verkaufen.“

Tags darauf teilte die bürgerliche Presse mit: „Die bei der Stahlfabrik A. G. Waldenburg entstandenen Schwierigkeiten im Bleß-Konzern haben nun auch weitere Teile der Gruppe ergriffen. Die Waldenburger Bergwerke A. G. hat eine Gläubigerversammlung am 17. Dezember einberufen, in der die Gläubiger über die Erhaltung eines Kuratoriums entscheiden sollen. Die Passiven erreichen etwa die gleiche Höhe wie bei der Stahlfabrik A. G., das heißt, 20 Millionen Mark. Von den Forderungen sind 12 Millionen Mark gesichert.“

Wir behaupten, daß die „Zahlungsunfähigkeit“ des Fürsten von Bleß einen bestimmten Zweck verfolgen: Vom Staat billige Kredite zu erhalten, ähnlich wie es schon einmal der Fall war, ähnlich, wie sie auch die Liebag erhalten hat.

Ohne zu untersuchen, ob Bleß infolge verfehlter Maßnahmen tatsächlich in Schwierigkeiten steckt, stellen wir die Frage:

Was ist, wenn der Arbeiter nicht mehr die notwendigen Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs kaufen kann und sich also in Zahlungsunfähigkeit befindet? Wird ihm da von Staats wegen geholfen? Ja — durch Lohnabbau und Steuererhöhung.

Auf Grund der mit der Liebag gemachten Erfahrungen wissen die Waldenburger Arbeiter, daß die Staatsmittel, die den Unternehmern gegeben werden, sich niemals zugunsten der Arbeiter auswirken. Rationalisierung der Betriebe, Verschärfung des Antreiber-systems, Entlassungen, Lohnreduzierung — das war die Auswirkung und wird es bleiben, bis die Arbeiter zum geschlossenen Gegenangriff übergehen.

Auf welche Weise man Arbeiter aus dem Betriebe wirft

A. A. Auf dem „Fürstlichen Tiefbau“ spielte sich folgender Vorfall ab. Für einen Stroh, in dessen Abbau sich ein Bergemittel befindet, welches man von Kohle oder Stein nicht unterscheiden kann, passierte es einem Hauer, daß er irrtümlich ein Bergemittel in der Größe zweier Häute mit in die Schüttelrutsche schaufelte. Vom Fahrsteiger aufgefordert, das Bergemittel aus der Rutsche zu nehmen, tat es dieser. Am anderen Morgen mußte sich der Hauer beim Fahrsteiger melden und dieser ging mit dem Hauer zum Bergverwalter Hohberg. Dort angekommen, erklärte der Fahrsteiger: „Er habe

den gefunden, welcher immer die Berge mit in die Kohlenrutsche wirft.“ Dieses nahm Hohberg zum Anlaß, den Hauer anzubrüllen und demselben das Arbeitsverhältnis als Hauer zu kündigen. Als Hauer konnte er ihn nicht mehr gebrauchen, höchstens noch als Schlepper. Dem Hauer ist nun gekündigt. Sofort wandte sich der Hauer an den zuständigen Betriebsrat, um seinen Bescheid zu hören. Dieser aber erklärte, die Dinge erst abzuwarten. So sehen sie aus, die reformistischen Betriebsräte, welche bei allen Vorkommnissen eine abwartende Haltung einnehmen. Wer hat das Recht zu begraben und wann?

Arbeiter von den Fürstlichen Gruben, erkennt, daß es an der Zeit ist, dieses System zu befehlen. Erkennt und denkt daran, daß wie ein Dr. Gerke ging, auch ein Herr Hohberg einmal gehen muß. Es wird an den Belegschaften liegen, sich andere Verhältnisse zu schaffen. Flamm mit dem Raubbau an eurem Körper durch das Gehirnsystem! Wer mit der Siebenkundenschlacht! Binem in die SPD! Binem in die SPD. zum Kampf gegen alle Ausbeuter und ihre Katalen! Bek die „Arbeiter-Zeitung“!

Wichtig für alle Betriebsarbeiter

Die rote Gewerkschafts-Internationale im Angriff
Von A. Losowsky. 120 Seiten, 20 Pf.

Deutsche Facharbeiter nach Rußland

Auf unsere Notiz „Braucht Rußland deutsche Facharbeiter“ erhielten wir eine große Anzahl von Anfragen und Bemerkungen. Wir können leider nicht alle schriftlich beantworten, da wir selbstverständlich für die Annahme von Bemerkungen nicht zuständig sind. Wir haben die Briefe an die Stelle weitergeleitet, die unserer Meinung nach für die Behandlung zuständig ist. — Wir werden auch alle anderen Anfragen ebenso behandeln, und wir sind überzeugt, daß allen eine direkte Antwort von dieser Stelle zugehen wird. — Wir nehmen an, daß wir im Sinne der Einberufenen gehandelt haben und sind erfreut darüber, daß es eine so große Anzahl deutscher Proleten gibt, die mit aller Kraft der UdSSR im Aufbau helfen wollen.

Freiburg. Wir bitten unsere Leser und Abonnenten, bei ihren Einkäufen die Fischhandlung Nordsee und den Kohlenhändler Haubner besonders zu berücksichtigen.

Niederschlesien

Weihnachtsgeschenke und Sparmethoden der „Wumag“

A. A. Gieß. „Friede den Menschen auf Erden, allen ein Wohlgefallen.“ Dieser „göttliche“ Choral tönt euch Wumag-Arbeitern entgegen. Doch ihr selbst habt keinen Frieden. Für euch lautet der Choral: „Pam p“ um das nackte Leben! Das Geschenk der Kurzarbeit und der Entlassung droht euch zum „Fest des Friedens“. Denn die noch vorhandenen Aufträge der Firma, welche zuerst im Juli 1931 fertig sein sollten, sind durch Verhandlungen bis zum Dezember 1931 verlängert worden. Dadurch soll eine Erhöhung der Arbeit auf Kosten der Arbeiter vorgenommen werden. In der Woche vor Weihnachten bis 5. Januar 1931 wird die Arbeitszeit auf drei Tage beschränkt. Dadurch wird euer Einkommen vermindert. Zugleich sollen durch die langfristige Lieferung neuer Entlassungen vorgenommen werden, damit die „Unkosten“ herabgesetzt werden können. Auf der einen Seite Lohnraub — Entlassungen, auf der anderen Seite steigende Dividenden der Aktionäre um ein Wohlgefallen am Leben zu haben.

Aber die Firma hat auch ihren „Wohltätigkeitszweck“ erfüllt, indem sie „144 000 Mark“ (?) für die Betriebsrentner und Invaliden sowie „13 000 Mark“ (?) für besonders Bedürftige bereitgestellt hat. Nur wurde nicht bekannt, wer zu den Bedürftigen zählt. Die Arbeiter, die ihr ganzes Leben den Aktionären Profite geschafft haben, selbst aber Gesundheit und die Knochen bei einem Hungerlohn opfereten, werden bestimmt einen ganz geringen Prozentsatz der Bedürftigen ausmachen.

Immer mehr Profit für die Besitzenden!
Rücktritt für die Besitz Schaffenden!
Das sind die Choräle der Unterdrückten und Ausbeuter der Massen!

„Spare in der Not, so hast du Zeit dazu!“

Dieses Sprichwort ist jetzt anwendbar bei der Wumag. Ueberall, wo es nach Ansicht der Betriebsleitung möglich ist, zu sparen, wird auch gespart. Aber nur auf Kosten der Proleten. So wie es mit den Kassenbüchern und den Passanten ist, ist es auch mit der Dampfheizung. Obwohl jeder Arbeiter das Bedürfnis hat, während der Arbeitspause etwas Warmes zu trinken und zu essen, besteht aber infolge von Sparmethoden nicht die Möglichkeit, Kaffee usw. im Betrieb zu wärmen, weil die Dampfheizung nicht in Betrieb gesetzt wird! Die Betriebsleitung glaubt wohl dadurch die Unkosten herabsetzen zu können, um die Dividenden demgemäß zu erhöhen. Jeder in der Wumag Beschäftigte muß also, um etwas Warmes in den Tagen zu bekommen, von zu Hause einen Ofen mitbringen.

Vorliegendes Gelegtes trifft auch für diejenigen zu, die das Bedürfnis haben, sich nach der Arbeitszeit zu waschen. Der sie müssen sich bei der jetzt einziehenden Kälte mit kaltem Wasser waschen oder den Wumagdreß mit nach Hause nehmen. Diejenigen, welche Kleider waschen lassen, erhalten ein hübsches Del. Drogen oder Petroleum

— denn sonstige Reinigungsmittel werden nicht geliefert, weil dies angeblich die Unkosten erhöht.

Sparen am Notwendigsten, was die Arbeiter brauchen! Lohnraub an dem Hungerlohn und den Gehältern der unteren Beamten! Das ist die Lösung der Unternehmer.

Arbeiter und Angehörige der Wumag!
Wie lange noch wollt ihr dies dulden?
Nur wenn ihr euch zusammenschließt, die Revolution! Die Welt-
schaftsopposition unterstützt, Betriebsgruppen der Wumag, könnt
Ihr eine Verbesserung eurer Lage erreichen.
Macht Schluss mit den Verrätern!
Macht Schluss mit den Ausbeutern!
Bietet Kampfausschüsse der SPD!

Görlitz

Der Kampf der Kirche um die Macht

Ueber dieses Thema sprach leßthin im Rahmen einer Versammlung der Arbeitgemeinschaft freigeistiger Verbände Lehrer Schirb-
wan aus Breslau. Der Referent wies auf Somertrudland hin und gab zu, daß man dort Nachahmenswertes im Sinne der Freidenkerbewegung getan habe, und man dort die Macht der Kirche gebrochen hat. Der Redner kam dann weiter auf die Machtentfaltung der Kirche in Deutschland zu sprechen und mußte zugeben, daß die SPD-Führer mitschuldig an dem Konkordat sind, und bereits für die Machterweiterung Roms eingetreten sind. Er vertritt sich aber von den sogenannten „Linien“ eine Kursänderung der SPD. Die Diskussion war lebhaft; in ihr ver-luchte sich auch Glagen-Rankow, der Kauschmeißer und Denunziant vom Arbeitsamt als Redner, und laberte der Versammlung etwas vor, was viel zur Erheiterung derselben beitrug. Einen unserer Genossen, der schonungslos die Kulturreaktion der SPD brandmarkte, verurteilten die „strammen“ SPD-Männchen niederzuschreien; es gelang ihnen nicht, und unter dem Beifall eines erheblichen Teiles der Versammlung beendete unser Genosse seine Rede. Ein anderer Arbeiter vermahnte sich dagegen, daß man, wie von einem SPD-Mann gesagt wurde, „in solchen Versammlungen nicht von Politik sprechen dürfe“; er zeigte auf, daß Kulturpolitik von der Gesamtpolitik nicht zu trennen sei. Im Schlusssatz verurteilte der Redner mit demagogischen Mätzchen sich herum-zureden, und verteidigte den Breslauer Konkordats-Freidenkergeneral Pietisch. Die Anruhe der Versammlung steigerte sich bei diesen demagogischen Ausführungen, so daß man oft dachte, jetzt liegt die Versammlung hoch. Wenn man bedenkt, daß alle freigeistigen Verbände zur Versammlung aufgerufen hatten, war sie schlecht besucht. Sie hat aber gezeigt, daß die Arbeiter immer mehr erkennen, daß nur die Kommunisten den Kampf gegen die gefomte Reaktion führen.

Schweidnitz

Die Ursache des Grobfeuers in der Frankommune

Ueber die Brandursache in der Frankommune in Schweidnitz teilt die Polizei folgendes mit:

Das auf dem Trockenboden im vierten Stockwerk gelegene ein-gezweigte Zimmer hat Fachwerkwände. Durch eine solche Fachwerkwand wurde fernerzeit das Ofenrohr unmittelbar unter einem ein-gebauten Holzballen geleitet. An dieser Stelle ist der Brand ent-standen. Von dem Brandherd wurden mehrere Aufnahmen gemacht, so daß die Ursache stets nachgewiesen werden kann. Der über dem Ofenrohr befindliche Ballen ist zuerst in Brand geraten. Die Auf-stellung des Ofens an der Fachwerkwand und das Legen des Ofen-rohrs durch die Wand widersprechen den baupolizeilichen Vor-schriften. Ein Ermittlungsverfahren scheint bereits.

Als unverantwortlich muß es bezeichnet werden, daß sofort nach Entdecken des Brandes vorläufige Brandstiftung aus politischen Gründen behauptet und verbreitet wurde. Selbst auswärtige Set-tungen haben solche Nachrichten von Schweidnitz erhalten und ge-bracht, obwohl von Anfang an nicht der geringste Beweis für eine solche Behauptung vorlag.

Dätzdorf

Hungerlöhne unter Pulbung von SPD-Betriebsräten

Dätzdorf. Man schreibt uns: Im Bohrauflerhauer Betrieb der BSG ist ein reformistischer Betriebsrat tätig. Jahrelang schon haben diese Herren ihre Posen inne, aber es kam ihnen nicht im Traume ein, etwas dafür zu tun, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die dort gehaltenen Löhne spotten jeder Beschreibung; aber das alles stört die reformistischen Herrschaften nicht. Der Betriebsleiter versteht es so ausgezeichnet, diese Betriebs-räte zu beeinflussen, daß sich an den kanakalischen Zuständen nichts ändert. Er spielt sich als Sozialdemokrat auf und sagt seinen „Genossen“, daß sie doch Rücksicht nehmen müßten auf die schlechte wirtschaftliche Lage, und so gelingt es ihm tatsächlich, die Betriebs-räte einzuspielen. Dabei ist der Betriebsleiter nicht mal Sozial-demokrat, aber er liebt es, sozialdemokratische Reden einzuflechten, und damit will er bewirken, daß er für den „Sozialismus“ arbeitet. Die Betriebsräte aber sind mit dieser Art von „Sozialismus“ zu-frieden, und so werden die Hungerlöhne weitergezahlt. Wir wollten mal sehen, wenn es sich hier um Betriebsräte der SPD handeln würde, dann wäre der Teufel los, aber bei Reformisten, da scheint das selbstverständlich zu sein.



Mit der Fange der Solidarität der Arbeitermassen muß der Kampf gegen Nazi- und Justizterror geführt werden!
Nicht ohne unseren 1300 eingelagerten Klassenkämpfern, Ihren Frauen und Kindern!
Sammelt für die Winterhilfe der SPD in allen Betrieben, Kontoren, Stempelfellen und Arbeiterhäusern!

Hirschberg

Die Nazis, die größten Feinde der Arbeiter!

In der letzten Stadtverordnetenversammlung entpuppten sich die Nazis wieder als geschworene Feinde der Arbeiterschaft, und ebenso entlarvte sich die SPD. Der Magistrat hat die Vorlage betreffend Bürgersteuer, Getränke-, Bier- und Grundvermögensteuer eingebracht. Die SPD hatte in der vorletzten Sitzung scharfe Opposition gegen diese Vorlagen markiert, weil sie meinte, daß die Steuern doch zwangsweise eingeführt würden. Unser Genosse Kirschke hat denn auch das Verhalten der SPD entsprechend angeprangert. In dieser Sitzung wurden dann auch alle diese Steuern mit Einschluß des Nachtrags-etats von allen Parteien einschließlich der SPD und der Nazis an-genommen.

Dann wurde über die Weihnachtsgeldbeschlüsse für die Hilfbedürftigen verhandelt. Der Magistrat hat 24 000 Mark dafür bereitgestellt. Der Nazi-Stadtrat Preißner hat schon die Liste fertiggestellt. Es sollen erhalten: Eheleute ohne Kinder 10 Mark, bis 2 Kinder 15 Mark und mit mehreren Kindern 20 Mark. Außerdem sollen für die Monate Dezember und Januar Kohlenkarten ausgegeben werden.

Nach dieser Vorlage sind lebende Erwerbslose sowie Landarme von dieser Hilfe ausgeschlossen. Die SPD beantragte weitere 6000 Mark. Genosse Kirschke betonte, daß selbst mit diesen 6000 Mark die Hilfe nur ein Tropfen auf einen Stein darstelle. Er fragte nach einem Antrag, der vom Erwerbslosen Ausschuss eingereicht worden war, der wenigstens einigermaßen den Armen geholfen hätte. Aller-dings wären dazu 70 000 Mark erforderlich gewesen. Aber diesen Antrag zur Beratung zu bringen, hielt man nicht für notwendig.

Nach langem Hin und Her wurde über den SPD-Antrag ab-geklärt, und derselbe mit Hilfe der Nazis abgelehnt. Ebenso arbeiterte feindlich stellen sich die Nazis zur Vorlage betreffend die Vollkollation ein, die 200 bis 300 Arbeitern für einige Zeit Brot gewährt hätte. Mit ihrer Hilfe wurde diese Vor-lage dem Magistrat zurückgegeben mit der „Begründung“, die damit verbundenen Rinsalaten seien zu hoch.

Die Arbeiter von Hirschberg hatten also wieder einmal Gelegen-heit, die Nazis so kennenzulernen, wie sie wirklich sind, und nicht wie sie sich in ihren Versammlungen aufspielen. Daraus müssen die Lehren gezogen werden. Kampf gegen diese Gesellschaft, wo immer sich Gelegenheit dazu bietet. Das ist das Gebot der Stunde für alle Werktätigen.

Achtung Ortsgruppen: Buchkontrolle sofort beenden und einschicken

Kassierung für Dezember ist sofort vorzunehmen. Die Abrechnung für Dezember muß spätestens bis zum 5. Januar eingelaufen werden. Bezirksleitung Schlesien, Abteilung Kasje.

Keine Hände und brennend rotes Gesicht wirken unheim. Ein vollkommener Mittel dagegen ist die kühlende, reizmildernde und schneidende Creme Leodor, auch als herrlich duftende Puderunterlage vorzüglich geeignet. Ueberallschöner Erfolg. Tube 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Deifelle, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Unser Kampf gegen den Faschismus

(Schluß)

Die Enthüllungen in der kommunistischen Presse über die geheimen Beratungen des SPD-Parteivorstandes offenbaren jedem sozialdemokratischen Arbeiter den Bankrott der gesamten SPD-Politik. Was Severing dort im engsten Kreise über die „Unzuverlässigkeit“ seiner preußischen Polizei im Falle eines Naziputsches ausführte, wird wirksam ergänzt durch die Pläne der Bourgeoisie, die Vereinigung der beiden Fraktionen des deutschen Faschismus auf legalem Wege herbeizuführen, den Nationalsozialisten den Weg zu den Ministerposten der faschistischen Republik freizumachen.

Wie die preußische Koalitionspolitik der SPD niemals einen „Schuß gegen den Faschismus“, sondern im Gegenteil gerade den besten Hebel für die faschistische Diktatur darstellte, genau so können die parlamentarischen Liebesdienste der SPD im Reichstag für Brüning und die außerparlamentarische Unterstützung der Brüning-Herrschaft durch die reformistische Streikbruchpolitik oder die sozialfaschistische Reichsbannerpolitik niemals die faschistische Entwicklung abschwächen, sondern nur beschleunigen und verstärken.

Es gibt nur eine Kraft gegen den Faschismus: die KPD, die den Massenkampf der Werktätigen führt. Die SPD ist seit entschlossen, diesen Kampf als Hilfspolizei des Faschismus niederzuschlagen, solange sie dazu in der Lage ist.

Es gibt nur einen Weg, diesen Massenkampf gegen den Faschismus erfolgreich zu führen: die proletarische Einheitsfront! Die sozialdemokratischen Führer fürchten diese Einheitsfront wie die Pest! Herr Weis erklärte nicht zufällig in seiner Parteivorstandssitzung, daß die SPD lieber Tausende und aber Tausende ihrer Mitglieder ausschließen, als daß sie ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Arbeiter mit den Kommunisten dulden würde.

Hier gilt es, sich zu entscheiden. Vor den Arbeitern, vor den Angestellten und ausgepöbelten Beamten, vor den darbenenden Schichten des Mittelstandes und der Bauernschaft, vor allen Werktätigen steht die Frage: Untergang, Not, Elend durch die Hungerkatastrophe der kapitalistischen Profitwirtschaft, Knechtung und Unterdrückung durch den Terror des Faschismus, oder erfolgreicher Kampf für den Sozialismus. In ganz Deutschland gilt es, in allen Betrieben, Stempelstellen, unter den proletarischen Frauen und der Arbeiterjugend, unter den Angestellten, in allen Kreisen des arbeitenden Mittelstandes und des Landvolks Delegierte zu wählen, die auf den Delegiertenkonferenzen in Stadt und Land örtliche und bezirkliche Aktionsausschüsse gegen den Faschismus einsehen. In jedem Betrieb muß ein solcher antifaschistischer Aktionsausschuß für den politischen Kampf der Belegschaften gegen die faschistische Diktatur geschaffen werden.

Diese großartige Arbeit der Massenmobilisierung kann nur durch den Zusammenbruch aller Teile der Arbeiterkraft, der Kommunisten mit den SPD-Arbeitern und christlichen Proletariern, zum Erfolg geführt werden. Jeder Kommunist, jeder revolutionäre Arbeiter muß seine ganze Energie, seine ganze Fähigkeit, seine ganze Arbeitskraft für die proletarische Einheitsfront einsehen. In den Herzen des ganzen arbeitenden Deutschlands muß die Mahnung unseres Führers, des Genossen Ernst Thälmann, einen fürmischen, leidenschaftlichen Widerhall finden. Die Mahnung, die wir alle hinaustragen, die wir in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Dörfern und Städten verbreiten müssen:

„In dieser Stunde, in der jeder Arbeiter den Ernst der Lage begreifen muß, wendet sich die kommunistische Partei an alle Werktätigen, an alle Proletarier mit dem Appell zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur! Gliedert euch ein in die Sturmproben Bataillone der KPD und des kommunistischen Jugendverbandes!“

Nationalsozialistisches Bündnisangebot an die ADGB-Führer

Gewerkschaft klagt gegen die „Verleumdung“, sozialdemokratisch zu sein

Bekannt ist, daß in Italien die meisten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihren Frieden mit Mussolini geschlossen und sich mit ihrem ganzen Apparat in das System der nationalsozialistischen Gewerkschaften eingegliedert haben.

Die deutschen Naziführer haben bereits jetzt ein formelles Angebot an die deutschen ADGB-Führer, mit ihnen ein Bündnis einzugehen, gemacht. Dieses Angebot erfolgte aus Unlach eines Prozesses, den der deutsche Meisterverband, Leipzig, angestrengt hatte. Dieser, dem ADGB angegliederte Verband, war nämlich von den christlichen Gewerkschaften als sozialdemokratischer Verband bezeichnet worden und klagte beziehungsweise auf Unterlassung dieser Bezeichnung mit folgender Begründung:

„Durch die jüngste politische und wirtschaftspolitische Entwicklung ist innerhalb der Arbeiterkraft die Abneigung gegen die Sozialdemokratie so gewachsen, daß die sozialdemokratische Betätigung einer Gewerkschaft oder auch nur der Vorwurf einer solchen ihren Mitgliederbestand und Mitgliederzuwachs beträchtlich sinken kann, indem Arbeiter, die die Bestrebungen der Sozialdemokratie ablehnen, einer freien Gewerkschaft den Rücken kehren.“

Die erste Instanz sowie Kammergericht entschieden über, daß der klagende Verband als sozialdemokratischer Verband bezeichnet werden könne. Es liegen doch eine Menge Beweise vor, nicht zuletzt die Ueberweisung von einer Million Mark durch den ADGB-Vorstand in die Wahlkassen der SPD.

Der „Bölkische Beobachter“ vom 14./15. Dezember bespricht diesen Prozeß, und bei dieser Gelegenheit macht er folgendes sensationelle Angebot:

„An den Gewerkschaften ist es, sich zu entscheiden, ob sie sich in die nationalsozialistische Freiheitsfront einreihen wollen, oder ob sie von echten Gewerkschaften nationalsozialistischer Arbeiter abgelöst werden wollen!“

Das Bündnisangebot des Hitler-Organs an die ADGB-Führer spricht Bände. Die Nazis kennen ihre sozialfaschistischen

32 Proletarier von Faschisten gemordet

Arbeiter, soll es so weitergehen? — Gegen den faschistischen Mordterror proletarische Einheitsfront!

Kein Tag vergeht ohne blutige Verbrechen der deutschen Faschisten gegen hungernde Proletarier. Ungezählt sind diejenigen, die niedergeschlagen, erschossen, zu dauernden Invaliden gemacht wurden. Wir wissen nur die Zahl der Gemordeten. 32 sind es allein im Jahre 1930. Ob unsere Aufzählung stimmt, ist nicht einmal gewiß, da wir uns nur auf die Veröffentlichungen der Presse stützen können. Hier die Liste unserer gemordeten Brüder, damit jeder Proletarier sie sich ständig einprägen, daß der Haß nicht einschläft gegen die gelauerten Mordgesellen des Kapitals:

Im Jahre 1930 wurden von Faschisten ermordet:

1. Walter Neumann, Berlin, 1. 1. 30.
2. Albert Kusow, Röntgenhal, 5. 3. 30.
3. Erich Schumann, Berlin, 16. 5. 30.
4. Albert Selenski, Berlin, 18. 5. 30.
5. Walter Heimbürger, Berlin, 18. 5. 30.
6. Hermann Breier, Hürth bei Köln, 18. 5. 30.
7. Lange, Duisburg, 18. 5. 30.
8. Haehnbach, Birmasens, 25. 5. 30.
9. Genosse Jopp, Fürstenwalde, 27. 5. 30.
10. Hans Trompeter, Umma in Westfalen, 31. 5. 30.
11. Reichsbannermann Kiedelshahn, Wolfenbüttel, 7. 6. 30.
12. Hans Karsten, Berlin, 14. 6. 30.
13. Genosse Gerstler, Glanhan, 15. 6. 30.
14. Johann Franke, Leipzig, 16. 6. 30.
15. Karl Jordan, Linden (Hannover), 16. 6. 30.
16. Franz Kafel, Berlin, 28. 6. 30.
17. Genosse Timm, Neumünster, 1. 7. 30.
18. Franz Masowich, Kreuzburg, 14. 7. 30.
19. Arbeitersportler Müller, Koblenz, 18. 7. 30.
20. Eduard Siedler, Hensberg (Westpreußen), 16. 8. 30.
21. Arbeiter Klassen, Köln, 4. 9. 30.
22. SPD-Arbeiter Kropf, Bramsche, 3. 9. 30.
23. Arbeiter Poleit, Berlin, 7. 9. 30.
24. Arbeiter Krafczyni, Hindenburg, 8. 10. 30.
25. Arbeiter Breitenbach, Frankfurt, 22. 10. 30.
26. Arbeiter Erich Sjachlow, Dortmund, 24. 10. 30.
27. Arbeiter Viktor Broja, Hindenburg, 21. 11. 30.
28. Arbeiter Hermann Weichaupt, Jüssenhausen, 20. 11. 30.
29. Martin Hermann Groh, Plauen i. V., 29. 11. 30.
30. H. Staudt (Reichsbanner), Hamburg, 5. 12. 30.
31. Hermann Krämer, Köln, 7. 12. 30.
32. Stuckateur Keiner, Ahenb., 14. 12. 30.

32 Ermordete durch die Faschisten. 30 Arbeiter, die in der gleichen Zeit durch die Kugeln der Polizei, durch sozialfaschistischen Mordterror, durch die weiße Justiz in Deutschland gemordet wurden. Wir werden diese Liste in den nächsten Tagen veröffentlichten. 62 Särge der Opfer des faschistischen Terrors im Jahre 1930 zu Grabe getragen.

Soll es so weitergehen? Sollen so unsere Besten hinge-schlachtet werden?

Die Toten zufen. Sie fordern von allen Klassenbewußten Arbeitern der faschistischen Mordwelle in der proletarischen Einheitsfront einen festen Damm entgegenzustellen.

Sie mahnen aber auch die irreführten nationalsozialistischen Arbeiter. Wenn sie sich fragen, warum der Bankrott v. Stauff Hitler zum Frühstück einlädt, warum der Bankdirektor Solmsen-Salomon die Nationalsozialisten lobt, warum die Großkaufleute und Knecht des Hamburger Nationalklubs Herrn Hitler zur feuchtröhligen Feier in das Hamburger Hotel „Der Jahreszeiten“ einladen, warum Herr v. Hindenburg die Großindustriellen, Fürsten, Generäle und Volksausplünderer des deutschen Herrenklubs sich für das „Dritte Reich“ begeistern und den nationalsozialistischen Abgeordneten Goering zum Neben einladen, die Liste der von den Faschisten Gemordeten zeigt den Grund. Die Nationalsozialisten morden Arbeiter, das erhöht die Profite der Young-Kräuber.

Nationalsozialistische Arbeiter, heraus aus der Partei des Arbeitermords. Die deutschen Proletarier gehören in eine Front. Sozialdemokratische, parteilose, von den Faschisten irreführte Arbeiter, hinein in den Kampf und gegen den Faschismus!

Reichsbanner mordet Kommunisten

Die Folgen sozialfaschistischer Bluthese

Kürnberg, 17. Dezember. Im Anschluß an eine Rundgebung der SPD, wurde der 28jährige Genosse Theo Junke vor etwa 30 verhetzten Reichsbannerleuten durch mehrere Stöße getötet. Er befand sich bereits ungefähr 500 Meter vom Versammlungsort entfernt, als die Reichsbannerleute ihn überfielen und ihm einen Stich ins Auge beibrachten. Trotzdem er darauf zu Boden fiel, drangen die Reichsbannerleute weiter auf ihn ein und stachen ihn in den Rücken. Auf dem Wege ins Krankenhaus ist Genosse Junke gestorben.

In der Rundgebung der SPD sprach u. a. auch der zweite Vorsitzende der Berliner SPD, der Reichstagsabgeordnete Witte, der eine unerhört provokatorische Rede gegen die kommunistische Partei hielt. Bereits im Verlauf der Versammlung drangen Reichsbannerkommandos auf proletarische Zwischenrufer ein und schlugen sie blutig. Augenzeugen berichten, daß Witte, der in unglaublich niederträchtiger Weise gegen die KPD, heulte, als der interaktuelle Urheber der feigen Mordtat anzusprechen ist. Im übrigen bildet dieses Verbrechen eine Parallele zu dem Nazimord in Ahenb., der gleichfalls mit Ueberlegung durchgeführt wurde.

Des Großbankiers Solmsen (Salomonson) Liebeserklärung an die Nazis

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes braucht die Nationalsozialisten als Preisrichter für die Profite der Zinsräuber

Am Dienstag fand in Berlin die Hauptversammlung des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes statt. Zum Präsidenten dieser Vereinigung der Bankhyänen wurde das Vorstandsmittglied der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft Dr. Georg Solmsen gewählt. Solmsens Name wurde erst kürzlich im Zusammenhang mit der Veranstaltung des Herrenklubs genannt, wo der frühere demokratische Reichswehrminister einen Propagandavortrag für das „Dritte Reich“ hielt. Wie wir bereits berichteten, soll auf Veranlassung Hindenburgs in der nächsten Veranstaltung des Herrenklubs der Nationalsozialist Goering sprechen.

Dr. Solmsen hielt im Zentralverband eine längere Rede, wobei er verlangte, daß die Bankiers aktiver als bisher in die Politik eingreifen sollen. In welcher Richtung, ging daraus hervor, daß Solmsen einen großen Lobgesang auf die Nationalsozialisten hielt, in denen er die Führer zu einer verschärften imperialistischen Außenpolitik Deutschlands sieht. Er erklärte, es müsse „unser aller Bemühen“ sein, den nationalen Widerstand zu stärken, „der sich innerhalb weiter Volksschichten dagegen bemerkbar macht, die nationalen Bedürfnisse immer wieder mit Rücksicht auf vermeintliche internationale soziale Zusammenhänge zurücktreten zu lassen.“

Solmsen gibt nur den Nationalsozialisten den Ratsschlag, ihre „besten Gesühle nationaler Würde“ und die „positiven Kräfte ihrer Bewegung“ nicht mehr durch die „Vermengung mit wirtschaftspolitischen Utopien“ zu entwerfen. Dieselben Töne werden jetzt von der gesamten Bank-, Börsen- und Industriellenpresse angeschlagen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat dafür die Formulierung gefunden, die nationalsozialistische Bewegung müsse „kanalisiert“ werden.

Für die nationalsozialistischen „Kassenspäher“ sei hinzugefügt, daß der nazifreundlich Bankier Dr. Georg Solmsen der Sohn des früheren Inhabers der alten Diskontogesellschaft.

Wappenheimer und wissen, was sie ihnen zumuten dürfen. Dieses Bündnisangebot ist ebenso wie die vertraulichen Verhandlungen für die Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft ein sinnfälliger Ausdruck der immer stärkeren Eingliederung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie in das System der faschistischen Diktatur.

Die Klassenbewußten Arbeiter aber werden sich dafür um so fester um ihre einzige gewerkschaftliche Kampforganisation, um die KPD, setzen.

Salomonson, ist. Er leitet jetzt dieselbe Bank wie Herr von Stauff, bei dem der nationalsozialistische Judenfeind Herr Wolf Hitler politisch frühstückt. Dr. Solmsen-Salomonson gehört offenbar zu denen, die der „Bölkische Beobachter“ des Herrn Hitler vor einigen Wochen „ankündigte Juden“ nannte und denen versichert wurde, daß sie von den Nationalsozialisten nichts zu befürchten haben. Die ganze Liebeshege der Hitler und Konjorten richtet sich nicht gegen die großkapitalistischen jüdischen Ausbeuter, sondern gegen die armen verhungerten jüdischen Handwerker und Händler, die ebenso Proletarier sind wie die gegen sie aufgebehten nationalsozialistischen Arbeiter.

Die Nationalsozialisten verstehen den Wind ihrer Geldgeber von Börse, Bank und Industrie. Der „Bölkische Beobachter“ vom 16. Dezember veröffentlicht zur Beruhigung der Bankiers einen Artikel: „Der nationalsozialistische Eigentumsbegriff“, der sich gegen die Behauptung wendet, die Nationalsozialisten seien „eigentumsfeindlich“. Das Organ Hitlers heißt jetzt: „Diesen Vorwürfen gegenüber kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß gerade bei Eigentumsbegriff selten folgerichtiger, organischer, klarer und anschaulicher entwickelt erscheint, als in der Volkswirtschaftstheorie des Nationalismus.“ Die Nationalsozialisten wollten „keineswegs eine Entpersönlichung oder zur Aufhebung des Eigentums, eine ziellose Ueberantwortung des Besitzes an Teile oder Klassen der Gesamtheit oder eine Ausschaltung der Persönlichkeit des Führertums zugunsten eines Kollektivismus.“

Mit anderen Worten: die Nationalsozialisten wollen keinen Sozialismus, sondern Privateigentum der Ausbeuter an den Produktionsmitteln.

Jeder Tag bringt neue Beweise, mit welcher Frechheit die nationalsozialistischen Führer die ihnen folgenden Massen belogen und betrogen haben. Die 6 1/2 Millionen haben sicher nicht die NSDAP gewählt, damit Herr Solmsen-Salomonson, Herr v. Stauff, die Industriellen des Herrenklubs, die Großknecht und Großkaufleute des Hamburgischen Nationalklubs um je größere Profite aus den hundertenden Volksmassen herauszühlenden Der Berrat der NSDAP. liegt jedem Einsichtigen klar auf der Hand. Nationalsozialistische Arbeiter, von den Bank- und Börsenfreunden Hitlers zugrunde gerichtete Mittelstände und enteignete Bauern, macht Schluß mit dieser Partei des Verrats! Ihr gehört in die rote Klassenfront des revolutionären Proletariats!

Vom Schulzwang zu Arbeitsdienstpflicht

Nieder mit der Zwangskafernierung und faschistischen Erziehung der jugendlichen Erwerbslosen!

Durch Erlass der sozialdemokratischen Breitenregierung sollen alle jugendlichen Erwerbslosen zu einem zünftigen Unterricht von 12 bis 18 Stunden wöchentlich für berufsschulpflichtige Jugendliche von 18 bis 24 Stunden für nicht berufsschulpflichtige Jugendliche wöchentlich gezwungen werden. Die sozialdemokratische Breitenregierung verwirklicht den ersten Schritt zur Durchführung der von den Nationalsozialisten und allen anderen Bürgerlichen geforderten Arbeitsdienstpflicht.

Statt Arbeit und Brot — sollt ihr mit Polizeiknüppeln in die Schule geprügelt, lafernt und im faschistischen Sinne erzogen werden.

Nieder mit dem zünftigen Berufslehreunterricht! Nieder mit der Arbeitsdienstpflicht! Nieder mit dem Demonstrationverbot! Nieder mit der faschistischen Diktatur! Das müssen die Lösungen der erwerbslosen und berufslosen Jugend als Antwort auf die ersten Schritte der Durchführung der faschistischen Arbeitsdienstpflicht sein. **Jugendliche Erwerbslose! Schon morgen und übermorgen wählt ihr Stellung nehmen. Auf allen Stempelfellen, in allen Erwerbslosenjugendheimen organisiert Jugendwerbslosenversammlungen! Demonstriert in allen Orten und Stadtteilen! Berufsschulpflichtige Jungarbeiter! Ihr seid die Erwerbslosen von**

morgen! Darum nehmt Stellung in Betriebsversammlungen, demonstriert mit den Erwerbslosen!

Schakt auf allen Stempelfellen Jugendgruppen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Wählt Jugendwerbslosenaußschüsse. Organisiert den Schutz für eure Aktionen. Auf jeder Stempelfelle Erwerbslosenjugendpfeifen des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Kämpft

1. für den Sechshunderttag bei gleichzeitiger Lohnerrhöhung und Umkehrung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess;
2. für Arbeitsbeschaffung für alle Erwerbslosen durch Ländel und Kommunen unter tariflichen Bedingungen;
3. für ausreichende Unterstüßung und Gleichstellung mit den Erwerbslosen aller jugendlichen Erwerbslosen für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit.

Steigert die Demonstrationen. Geraus auf die Straße! In die Viertel der Reichen und Satten, gemeinsam mit den Berufsschulpflichtigen. Der 24. Dezember, die Jungerdemonstration der Erwerbslosen, muß ein gewaltiger Kampfmarsch gegen die Berufslehrepflicht der jugendlichen Erwerbslosen, gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht, gegen die faschistische Diktatur werden.

82. des 238D.

Preisabbau - Ruin des Mittelstandes

Aus Mittelstandskreisen wird uns zu dem Thema „Preisabbau“ ein Ruf nachgestellt, dem wir nichts hinzuzufügen brauchen:

Die Zeitung „Schuß und Leder“ Nr. 201, das Organ der Schuhhändler, bringt unter der aufsehenerregenden Überschrift „Eine historische Schuld der Regierung“ einen Artikel, der den niederträchtigen und gewissenlosen Schwindel des Preisabbaus treffend kennzeichnet. Einleitend stellt sie fest, daß das Geschäft sehr schlecht geht. Schuld daran ist ferner keine andere, den die Regierung der Bevölkerung vorwirft, das Verbot vom Preisabbau. Sie schreibt dann weiter, daß man den Lohnabbau schon teilweise durchgeführt hat, daß man aber für den Preisabbau effektiv nichts getan hat. Die Behauptungen der wirtschaftsstatistischen und konjunkturpolitischen staatlichen Organe über den Preisabbau verkommen daher immer mehr. Wenn gelegentlich noch vom Preisabbau die Rede ist, dann hört man regierungsfreudig nichts mehr von dringend notwendigen Verpfändungen bei gewissen Schlüsselindustrien (Eisen, Kohle), desto mehr aber davon, daß die Kleinhandelspreise und die berühmte und berühmte Kleinhandelsspanne an allem schuld sei. Der Schuft in der Kleinhandels, der aus der Not seiner wütenden Riemen schneidet, so wird gesagt. Der Handel muß die Kasse bezahlen, die andere für ihn gemacht haben.

Wir bemerken dazu, daß der Kleinhandels mit diesen Feststellungen selbstverständlich vollkommen recht hat. Es gibt wohl nirgends einen so infamen Schwindel, wie den vom „Preisabbau“ in der Zeit der Währungsabwertungen und der Einführung der Weichwährung. Wir verweisen nur auf die Bestimmungen, die im Reichstage stattfanden, und bei denen sämtliche

bürgerliche Parteien, besonders aber die Nazis und die Wirtschaftspartei, gegen die von der SPD vorgeschlagenen Steuern, die das Kapital belastet und den Mittelstand entlastet hätten, gestimmt haben. Selbstverständlich müßte ein wirklicher Preisabbau bei den Schlüsselindustrien beginnen. Die Schlüsselindustrie ist jedoch in Händen des Trust- und Monopolkapitals, also des Kapitals, das Deutschland augenblicklich regiert.

Die Kleinhandels müssen aus diesen Tatsachen die Konsequenzen ziehen. Wenn die Herren Kapitalisten und ihre faschistischen Lakaien Preisabbau laien, meinen sie Lohnabbau, d. h. eine Verringerung des mittelständischen Einkommens, denn die Kleinhandels leben von der Arbeiterkraft, nur von der Arbeiterkraft. Nicht der Markt, d. h. die organisierte Arbeiterkraft, ist der Feind, sondern der Feind ist das Trust- und Monopolkapital, das durch Warenhändler und Fabrikanten den Mittelstand rationalisiert.

Die augenblickliche Krise zeigt sich täglich und stündlich zu, die Kurve der Zahlungsstörungen, der Verleichte und Konkurse steigt von Monat zu Monat. Der Mittelstand kann bei dem gigantischen Ringen zwischen Kapital und Arbeit nicht passiv beiseite stehen. Der Mittelstand muß sich entscheiden, mit wem er kämpfen will, mit den Feinden der Kleinen Händler, mit dem Monopolkapital, d. h. mit den Nazis, mit der Wirtschaftspartei, oder mit der organisierten Arbeiterkraft, mit der SPD, der einzigen antikapitalistischen Partei Deutschlands.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den literarischen Teil: Ernst Ballmeier, M. d. S., Breslau. — Für Anzeigen: Carl Sandberg, Breslau.

Erfolgreicher Streik unter Führung der RGO!

Nach einträglichem Streik hat die Zimmererzunft der Firma Grassow, Plebenwalde, Baustelle Westfälische Straße 1b, Tennisbahnenbau, unter Führung der RGO. durchgesetzt und schriftlich vereinbart, daß bis zur Fertigstellung des Bauprojektes 26 Pfennig pro Stunde über Tariflohn zu zahlen sind. Der Stundenlohn der Zimmerer beträgt damit 1,80 Mark pro Stunde. Die Streikzeit wird restlos bezahlt. Ein Beispiel, wie es gemacht werden muß. Soeben erschienen!

Und morgen schon kannst du selber ein Opfer der Klassenjustiz sein.

Gibst du noch heute für deine eingekerkerten Klassenbrüder, ihre Frauen und Kinder, für die Winterbeihilfe der RHD, so wird der Kampf gegen Polizei, Nazi- und Justisterror erfolgreich sein!

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit



Christ-Brot essen

Schuhe so gut und doch so billig

Uberschuhe gute Qualität 36 41 3.75, 22/30 3.15	Kinderstiefel Rindbox, sehr stabil, genagelt 31 35 5.75, 27-30 5.25, 23 26 3.95
Lehrerbesetzte Filzschuhe warm u. weich 36/42 4.60, 51 35 3.85, 25 30 3.35, 21 24 2.75	Arbeitschuhe für Männer und Frauen kräftiges Rindleder 6.95
Herrenhalbschuhe elegant Form 40 46 7.50	Winterhausschuhe w. Tuch, mit Leders 36.45 1.35

alle anderen Schuhwaren enorm billig
Nathan, Breslau, Graupenstr. 2/4 an der

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17
Heute und morgen, 5 und 8 Uhr:

Die weiße Hölle von Piz Palü

In Eis und Schnee mit Kunstflieger Udet
Charlie Chaplin, Karriere

Auf der Bühne: Rhythmische Gymnastik
Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pf., sonst 50 Pf.
Besucherkreis 50 Pf., sonst 70 Pf.
Jugend hat Zutritt!

Für die Weihnachts-Feiertage

Kulmbacher Bier (hell und dunkel)
(sich empfohlen)
Pilsener Urquell

Conrad Kibling

in Flaschen und Syphons, frei Haus
Bestellung rechtzeitig erbeten
Telephon 25678 und 25679



Täglich
2 Vorstellungen
4.15 u. 8.15 Uhr

Weintraubs
Syncopators
und das große
Weihnachts-
Programm

Händler gesucht!

1 Posten Glas-
Christbaumzweige
aus allen Arten
billig abzugeben
Freitag u.
Sonnabend v. 12-8
Kaiserkauerstr. 18 I, F.

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Relationsdruck
Massenaufträge
prompt und
preiswert

PEUVAG

Papier- Erzeugnisse
und Formulare
Aktien- Gesellschaft
Breslau
Fils Breslau
Treibitzer Str. 30

Reinhold Weise Schießwaffen-
straße 30
Getreide-Dampfbrennerei
Likörfabrik Gaststätte

Cederjaken
21.39.- bis 69.- Mk. gegenüber
Gartenstr. 26
Lombard u. Warenhaus
1. HAMBURGER.
Markt-
halle!

Max Berndt
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

Trabnitzer Rohfleischerei
Markthalle I und II
empfiehlt
Sonnabend prima Fohlenfleisch
und alle Sorten frische Wurstwaren
Paul Martin

Kauft bei
Blasse
Blasse
is billig!
BRESLAU
Nur Graupenstr. 6/10

Molkerei und Milch-Großhandlung

Christoph Hümmel
Breslau, Lehmgrubenstr. 5
Verkauf durch Läden u. Klingel-
wagen / Achtet auf die Firma!

Führer durch die Geschäftswelt

Breslau - Zentrum
R. Karsunky & Co., Möbel
Rosenhaler Straße 2
Ecke Matthiasstraße

Breslau - Zentrum
1401 Molkerei
Scheloske & Sohn
Klein Tschansch bei Breslau

Breslau - Zentrum
KUNELLA GOLD
mit den wertvollen
KUNELLA BONS
allein erhältlich in der
KUNELLA - BUTTERHANDL.
2481

Liebau
Woll- u. Baumwoll-
waren, Trikotagen
Inlets / Bettledern
Emil
Bodmann
Nikolaistraße 3
Reserviert

Süddeutsches Leinwandgeschäft
C. A. FRENZEL & SOHN
Berufskleidung / Wäsche / Trikotagen
1691

Alois Hampel, Waldenburger Str.
Inh.: Ignaz Bender
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren

Ohlau
... nur mit Gas!
rasch, sauber, billig
Raf und Auskunft
beim Gaswerk Ohlau
11.00

Lauban
Trinkt Laubaner Korn!
EDMUND SCHUBERT
Weinbrennerei
1444

Radio-Haberecht, Naumburger Str. 34
1685
altrenommiertes Spezialgeschäft

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstückstube / Versandhaus
für Dauerware / Fernspe. 233
1687

BRUNO KLETTE, Richterstr. 14
1628
Papier / Bürobedarf

ANTON PILZ, Brüderstraße 13
Müllereiprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren
1681

H. SOSSMANN, Brüderstraße 17
Tischlerei-Bedarf, Innenarbeiten
1690

Görlitz
J. HORN
Inhaber Hermann Horn
Görlitz
Steinstrasse Nr. 1
1921

Sprottau
Otto Graßmann, Jüdenstraße 7
Fahrräder und Nähmaschinen
1964
Eigene Reparaturwerkstatt

Waldenburg
Kauft bei
Jacobsohn
Gartenstraße 6
1317

Schenkt
Lampen
von der
Größte Auswahl in
modernen Beleuchtungs-
Körpern, Gasgeräten und
Elektro-Geräten sowie
zahlreichen anderen prak-
tischen Festgeschenken.
Niedrigste Preise!
Zahlung in 10 Monats-
raten durch unsere
Miet-Abteilung!

BBI

Alte Taschenstr. 3-6
Kaiser Wilhelmstr. 3
Keine anderen Geschäfte!